

Bonn, 16. Dezember 1952

Sprecher: Adenauer (zeitweise), Albers, Altmeier (?), Arnold, Ehlers, Fay, Fricke, Frau Gröwel, Heck, Johnen, Kaiser, Kather, Kiesinger, Krone, Lehr (zeitweise), Lensing, Lukaschek (zeitweise), Müller, Samsche, Scharnberg, Simpfendörfer, Tillmanns, Weber, Wuermeling.

Wahlrechtsänderung. Presseverlautbarung über die Sitzung des Vorstands. Vertriebenenfragen, Auseinandersetzung Kather-Lukaschek. Frage der Kandidatenaufstellung für die kommende Bundestagswahl. Verschiedenes: Ausschußarbeit, Herausgabe eines „Betriebsräte-Briefes“, Neuwahl des Vorstands, „Hanseat“.

Beginn: 9.00 Uhr

Ende 15.30 Uhr

Kaiser: Der Bundeskanzler hat wissen lassen, daß er noch bis mittag mit dem französischen Botschafter François-Poncet zu tun habe¹ und daß wir beginnen sollten, das können wir natürlich nur, wenn alle Platz genommen haben. Ich darf unserer Freude Ausdruck geben, daß Karl Arnold unter uns erschienen ist, wir haben ihn gestern sehr vermißt, um so größer ist unsere Freude und unsere Genugtuung, daß er heute zur Stelle ist. Es hätte keinen guten Eindruck in der Öffentlichkeit gemacht, wenn von vier unserer Ministerpräsidenten nur der getreue Peter Altmeier hier gewesen wäre. Nun hat der Kanzler gebeten, die heutigen Verhandlungen damit zu beginnen, daß Herr Tillmanns die Verlautbarungen über den gestrigen Tag, der ja die Auseinandersetzung mit Karlsruhe und alles, was damit zusammenhängt, brachte, bekanntgeben soll; aber ich bin der Auffassung, daß dies doch wohl erst später geschieht, wenn der Kanzler mit zur Stelle ist.

Auf der Tagesordnung steht die Durchführung der Wahlen und die Aufstellung der Kandidaten. Ich würde es für glücklicher halten, wenn wir erst einmal durch den Kollegen Scharnberg einiges hörten über das beabsichtigte Wahlrecht. Das gehört ja notwendigerweise auch zur Beurteilung der Kandidatenaufstellung dazu.

Scharnberg: Ich will zunächst etwas Grundsätzliches zu der Darstellung vorausschicken, die der augenblickliche Wahlgesetzentwurf haben wird. Ich möchte sagen, daß man die Aufgabe der Parteien u.a. wohl darin sehen muß, daß sie die Regierung zu bilden haben, und um dies zu ermöglichen, müßte das Wahlrecht so gestaltet werden, daß man – der Ausdruck stammt nicht von mir, er ist von einem Gremium von der hiesigen Universität zusammengestellt worden – mit diesem

¹ In ADENAUER: Erinnerungen 2 S. 188 ist irrtümlich der 17. Dezember als Gesprächstermin angegeben. – Ab 9.30 Uhr tagte gleichzeitig unter dem Vorsitz von Blücher das Bundeskabinett.

Wahlrecht die politisch isolierten Parteien bekämpft, und unter politisch isolierten Parteien hat man in diesem Gremium verstanden einmal Parteien, die die Demokratie ablehnen, und zum anderen Parteien, die Interessenvertretungen, im wesentlichen Interessenvertreter sind, also z.B. im typischen Fall der BHE. Ich möchte ein Weiteres sagen, und zwar im Hinweis darauf, wie gefährlich diese isolierten Parteien für den Aufbau des Staates sind und wie gefährlich im speziellen sie für uns augenblicklich in der inneren Situation sind. Dann möchte ich einmal hinweisen auf die Entwicklung in der Weimarer Republik, wo wir – und das ist ja bezeichnend und sicher ein Ergebnis des schlechten Wahlrechts gewesen – überwiegend Minderheitsregierungen gehabt haben und wo schließlich sich eine tatsächliche Regierungsunfähigkeit herausstellte, die dann zum Dritten Reich führte. Ich brauche nur noch darauf hinzuweisen, wie nahe wir wieder an der Wiederholung derartiger Vorgänge sind. Wir müssen folgendes überlegen: 1. arbeiten wir bekanntlich mit einer sehr knappen Mehrheit, 2. möchte ich darauf hinweisen, daß diese Mehrheit in 51,2 % Mandaten besteht, die hergestellt ist von 46,9 % Wählenden; also wählermäßig hat die augenblickliche Koalition nicht die Mehrheit. Und das kommt daher, daß eine ganze Reihe Stimmen abgegeben wurden für unabhängige Kandidaten, die damals nicht als irgendwelche Parteivertreter auftreten konnten. Von den auf diese Leute abgegebenen Stimmen werden aber heute, wo es wieder möglich ist, diese Stimmen einfach auf irgendwelche Kandidaten von irgendwelchen kleinen Splitterparteien abgegeben werden und gehen dann tatsächlich doch verloren.

Im übrigen haben wir uns jetzt einmal vor allen Dingen mit dem BHE irgendwie auseinanderzusetzen, dann weiß man ja auch noch nicht, was es mit der Gustav-Wessel-Partei² gibt, und im übrigen war neulich ein Artikel in den „Düsseldorfer Nachrichten“ im Anschluß an die Kommunalwahlen in Nordrhein-Westfalen³. Dieser Artikel besagt nämlich, nachdem der Verfasser die Wahlresultate untersucht und die Stimmen auf das bisherige Wahlrecht projiziert hat, daß weder die bisherige Regierungskoalition noch die SPD in der Lage wären zu reagieren, und das Zünglein an der Waage der BHE sei, eine in jeder Beziehung unerwünschte Situation. Ich möchte diese Dinge auch noch einmal in Zusammenhang setzen, um auf die Gefahr einer solchen Situation hinzuweisen bei den Bestimmungen des Grundgesetzes über die Regierungsbildung. Sie wissen, daß wir im dritten Wahlgang mit relativer Mehrheit den Bundeskanzler wählen und er in der Lage ist, seine Regierung

2 Die aus der Deutschen Zentrumspartei ausgetretene Helene Wessel und der aus der CDU ausgetretene ehemalige Bundesinnenminister Gustav Heinemann hatten am 13. November angekündigt, aus der „Notgemeinschaft für den Frieden Europas“ eine Partei bilden zu wollen (vgl. AdG 1952 S. 3737). Die Gründung der „Gesamtdeutschen Volkspartei“ erfolgte am 1. Dezember 1952 (EBD. S. 3761; vgl. auch BARING: Außenpolitik 2 S. 92f.; Ströss 2 S. 1478–1508).

3 Tatsächlich heißt es im Kommentar der „Düsseldorfer Nachrichten“ vom 11. November 1952 („Wenn ...“): „Der BHE ... würde sich 32 Sitze errechnen können, aber das würde nicht ausreichen, einer Koalition SPD/BHE die Mehrheit zu geben.“

zusammenzustellen.⁴ Wenn man eine solche Partei hat, wie ist es dann? In den „Düsseldorfer Nachrichten“ ist dann errechnet, wie dann die Bundeskanzlerwahl ausgeht, wenn es mal nicht zu einer Verständigung zwischen den Parteien über die Person des Bundeskanzlers und über die Regierung kommt. Es waren, glaube ich, über 180 Mandate entfallen auf die bisherige Regierungskoalition, und es war die größte Partei, die SPD, mit 140 errechnet, unter Einschluß der Mitläuferschaft der KPD und unter Einschluß vom Zentrum. Die SPD war dann gerade ungefähr genauso stark, und dann ist als Zünglein an der Waage einerseits die Bayernpartei und andererseits der BHE. Nun ist noch die Frage, wenn ein solches Parlament existiert mit der größten Partei, der SPD, wo liegt die Gewißheit für uns, daß nicht ein paar Stimmen andersliegen, wo liegt unser Schutz davor, daß dann nicht im dritten Wahlgang, wenn keine Verständigung zustande kommt, Herr Ollenhauer Bundeskanzler wird? Und diese Tatsache, daß er das evtl. erreichen könnte im dritten Wahlgang, würde doch bedeuten, daß die SPD absolut die ganze Situation in der Hand hat, was wir doch nach Möglichkeit vermeiden wollen.

Nun wissen wir, das bisherige Wahlrecht ist ein reines Verhältniswahlrecht gewesen, ein Verhältniswahlrecht in Kombination mit der Personenwahl. Dr. Schröder hat mehrfach darauf hingewiesen, daß das ein schlechtes Verhältniswahlrecht ist, und sein Hinweis scheint auch ganz richtig zu sein. Er sagt, wir haben die Mühe der Personenwahl für uns, während z.B. die Mittelparteien gerade dadurch bevorzugt sind, daß sie sich nicht damit abzugeben brauchen. Da muß man überlegen, welche Schwierigkeiten wir bei der Aufstellung der Kandidaten haben. Die FDP bekommt ihre Mandate über die Listen in den Wahlkreisen, dort werden irgendwelche Menschen aufgestellt, die in Wirklichkeit keine Rolle für die Wahl spielen. Sie sind nur diejenigen, die den Kampf auszufechten und die Unannehmlichkeiten auf sich zu nehmen haben. Wenn irgend jemand ausscheidet, rückt einfach der nächste nach. Bei uns müssen wir die Kämpfe auf uns nehmen, um den Wahlkreis wieder zu erobern. Im übrigen ist das wesentliche bei dem Verhältniswahlrecht, daß das Verhältniswahlrecht nicht die politisch isolierten Parteien bekämpft, sondern es fördert sie grundsätzlich, indem sie durch dieses Wahlrecht in der Lage sind, Zünglein an der Waage zu werden. Das Radikalmittel wäre das Mehrheitswahlrecht, und wir wissen alle, daß wir am liebsten das relative Mehrheitswahlrecht, und wenn wir das nicht kriegen, das absolute Wahlrecht oder das Dreierwahlrecht wünschen.⁵

Aber gegen alle diese Wahlrechte sind nun natürlich die mittleren und kleinen Parteien, weil sie sich an sich sonst selbst aufgeben würden, und zwar ist das sowohl beim relativen Mehrheitswahlrecht der Fall, das zur Bildung des Zwei-Parteien-Systems führt, wie auch in abgeschwächter Form beim Dreierwahlrecht. Die SPD andererseits ist gegen diese Wahlrechte, weil, wie wir immer feststellen, ihre Strate-

⁴ Vgl. GG Art. 63.

⁵ Zum Wahlrecht vgl. KAACK S. 395–399; LANGE; JESSE.

gie darauf abgestellt ist, eine Zersplitterung möglichst rechts von ihr fertigzukriegen. Mehr als 35 % der Stimmen wird sie nicht aufbringen.

In dieser Situation ist die größte Gefahr, parlamentarisch gesehen, daß das bisherige Wahlrecht mit irgendwelchen Modifikationen wieder zur Anwendung kommt. Und die Konsequenzen dieses Wahlrechts habe ich versucht Ihnen darzustellen. Für dieses Wahlrecht wäre die SPD sehr zu haben. Im übrigen würden die FDP und auch die DP nichts dagegen haben. Wir haben in unendlich mühseligen Verhandlungen immer wieder versucht, innerhalb der Regierungskoalition zu einem Wahlrecht, zu einem Kompromiß zu kommen, wobei ich immer wieder den Standpunkt vertreten habe, daß wir nicht ein Wahlrecht entwickeln sollen, welches contra SPD ist, sondern wir sollten nur ein Wahlrecht anwenden und versuchen zu erfinden, das contra den isolierten Parteien ist.

Es kommt in dieser Frage – und das ist so schwierig in der Auseinandersetzung auch mit den eigenen Freunden – darauf an, daß es wirklich nicht die Aufgabe ist, das beste Wahlrecht zu erfinden und sich darüber auseinanderzusetzen, welches das beste ist, sondern wir müssen vielmehr das beste und parlamentarisch durchsetzbare Wahlrecht finden.

Nun haben wir vor allen Dingen auch mal die Frage sehr eingehend untersucht, ob wir die politisch isolierten Parteien in einer hinreichenden Weise bekämpfen können durch Anwendung von irgendwelchen Sperrklauseln. Es gäbe da drei Möglichkeiten. Das Verfassungsgericht hat sich auf den Standpunkt gestellt in einer Klage, daß eine Sperrklausel dergestalt, daß gesagt wird, wer unter 5 % der Stimmen bekommen hat, der wird nicht berücksichtigt, daß eine solche Sperrklausel bis zu 5 % zulässig ist⁶. Frage ist, wo wendet man diese 5 % an, sagt man 5 % auf der Bundes-, 5 % auf der Landesebene, oder die dritte Art der Sperrklausel wäre noch, wer in der direkten Wahl kein Mandat bekommen hat, darf auch nicht auf der Liste stehen.

Dazu ist zunächst zu sagen: Bei 5 % auf der Bundesebene wird uns die Deutsche Partei nicht mitspielen, und deswegen kommt diese Sperrklausel für uns nicht in Frage, sie würde an sich wahrscheinlich zum Ausscheiden der KPD führen, aber auch der Deutschen Partei, sie würde weiterhin die Bayernpartei zum Ausscheiden bringen. Also, so glaube ich, da müssen wir erkennen, daß wir eine solch starke Sperrklausel nicht durchbringen. 5 % auf der Landesebene wird den BHE behindern. In den Flüchtlingsländern wird er 5 % bekommen, daß man mindestens ein Mandat als einzige Klausel erreichen könnte – ein Mandat oder 5 % im Lande –, aber ein Mandat und 5 % im Lande, da würde ich doch, das möchte ich persönlich sagen, aus Interesse vor unseren Koalitionspartnern warnen, denn wir haben doch schon sehr starke Verschiebungen erlebt. Warum sollte es eigentlich nicht möglich sein, daß eines Tages die FDP und die DP in der direkten Wahl überhaupt kein Mandat bekommen, wenn diese Parteien dann völlig ausscheiden, weiß ich nicht, ob

⁶ LANGE S. 396–408; JESSE S. 221ff.

das sehr klug ist. Wenn eine Partei ausscheidet, dann kommen auf diese Weise auch die abgegebenen Stimmen der Opposition wieder zugute.

Eines ist jedenfalls bei der ganzen Situation klar, daß wir, wenn wir überhaupt zu einem Wahlrecht kommen wollen mit der Zielsetzung, wie ich sie gegeben habe, müssen wir ein Mischsystem anwenden, und zwar ein echtes Mischsystem, nicht wie wir es gehabt haben, das ein Mischsystem zwischen Proporz und Verhältniswahl ist, während wir hier ein Wahlrecht anwenden müssen, welches eine Mischung ist zwischen dem Mehrheitswahlrecht in irgendeiner Form oder das mit dem Dreierwahlrecht denkbar wäre, und auf der anderen Seite ein Verhältniswahlrecht. [Mit] diese[r] Mischung, je nachdem wie ich die Zusammensetzung mache von Mehrheits- und Verhältniswahl, wie ich mische, bekämpfe ich natürlich mehr oder weniger nachhaltig die kleinen und mittleren Parteien, die also politisch isoliert sind, oder ich schalte sie sogar aus. Diese verkleinernde und ausschaltende Wirkung müssen wir irgendwie so manipulieren, daß das nicht geht gegen unsere eigenen Freunde, denn wenn das gegen die FDP und DP gehen würde, werden die nicht für ein solches Wahlrecht stimmen, dann stehen wir allein, und das brauchen wir uns nicht zu überlegen.

Nun stammt die Erfindung, wie wir es manipulieren, daß jede Gefahr ausgeschaltet wird, von Dr. Schröder, der der Erfinder des sogenannten „internen Proporz“ ist. Dieser innere Proporz wirkt sich folgendermaßen aus: „Links des Grabens“ liegen 242 in direkter Wahl im Wahlkreis und „rechts des Grabens“ ebenfalls 242 nach der Verhältniswahl verteilte Mandate. Dann kann hier rechts des Grabens, also in der Verhältniswahl, eine Listenverbindung verabredet werden zwischen einzelnen Parteien, und diese Listenverbindung hat nun nicht die Wirkung einer normalen Listenverbindung, sondern sie hat die Wirkung, daß zwischen diesen Parteien, die ihre Listen miteinander verbunden haben, die gemeinsam so sowohl in der direkten wie in der Verhältniswahl errungenen Mandate im Verhältnis der auf sie abgegebenen Stimmen verteilt werden. Ich weiß nicht, ob das klar ist. (*Zwischenruf*: Auf welcher Ebene, auf der Bundesebene?) Das ist praktisch genommen genau dasselbe wie beim bisherigen Bundestagswahlrecht, nur mit dem Unterschied, daß dies sich nur bezieht auf diejenigen Parteien, die diese Listenverbindung miteinander verabredet haben. Dieser interne Proporz, der es der FDP und der DP ermöglichen würde unter der Annahme, daß sie ein solches Wahlrecht mitmachen, denn bei einem solchen Wahlrecht würde die Gesamtheit der miteinander verbundenen Parteien auf der Bundesebene ja ein Plus an Mandaten gewinnen als Folge davon, daß die politisch isolierten Parteien dezimiert werden. Und dieses Plus würde der Gesamtheit zugute kommen, in der internen Auseinandersetzung kriegt jeder genau die verhältnismäßig auf ihn abgegebenen Stimmen an Stimmen.

Ein solches Wahlrecht bedingt natürlich eine Bundesliste, denn derartige Verabredungen kann man unmöglich nur in Ländern machen. Sie sind erstmal viel schwieriger zu treffen durch Verabredungen [!]. Im übrigen sind auch die Verhältnisse in einer Reihe von Ländern so, daß dort derartige Abreden gar nicht getroffen werden

können. (*Zwischenruf Albers*: Unsere Leute machen doch nicht mit!) Das führt nun zu einer seltsamen Situation, nämlich daß wir an sich ein Interesse an einer Bundesliste haben würden, während seltsamerweise bei der FDP ein entgegengesetztes Interesse festgestellt wurde, was uns zunächst nicht erklärlich war, weil es der zentralistischen allgemeinen Haltung der FDP widerspricht, aber es scheint zusammenzuhängen aus internen Gründen mit der Frage der Kandidatenaufstellung, die von der FDP wieder auf der Landesebene gemacht werden soll. Auch dafür mußten wir eine Erfindung machen, und zwar wird vorgesehen, daß einzelne Landeslisten aufgestellt werden, die Reihenfolge der Kandidaten nur von der Landesorganisation für die Landesliste festgestellt [wird], und diese Landeslisten bilden zusammen eine Bundesliste. Die Reihenfolge innerhalb der Bundesliste ergibt sich daraus, daß wenn die Wahlergebnisse vorliegen und festgestellt ist, auf die CDU entfallen beispielsweise 80 Mandate, dann würde noch die Zahl der Stimmen, die auf die einzelnen Länder für die CDU abgegeben sind, nebeneinandergestellt, und dann würde nach dem bekannten Verfahren, einfach nach dem Höchstzahlverfahren, auf die einzelnen Listen zugeteilt, und wenn dann Nordrhein-Westfalen z.B. 33 Mandate bekommen hätte, ist eben von 1 bis 33 auf der Landesliste zugeteilt und Bayern evtl. 1 bis 20. Das würde auch von der FDP akzeptiert werden. Im Augenblick wird ein solches Wahlrecht mit 242 Mandaten „links des Grabens“ und 242, die nach dem Verhältniswahlrecht „rechts des Grabens“ gewählt werden, sehr diskutiert. Die Gründe, weswegen wir vorgeschlagen haben, auf 484 Mandate zu gehen, bestehen einerseits darin, daß wir es aus den verschiedensten Gründen nicht für ratsam halten, daß im grundsätzlichen die Verteilung der Wahlkreise etwa geändert wird. Wir halten es da im Interesse gerade auch unserer Abgeordneten, die ja sehr viel in Wahlkreisen gewählt sind und ihren Wahlkreis gepflegt haben und ihn nicht gerne austauschen, für zweckmäßig, an der Wahlkreiseinteilung grundsätzlich nichts zu ändern, und das würde auch technisch auf Schwierigkeiten stoßen. Wir sind bei der ganzen Sache außerdem in äußerster Zeitnot. Auf der anderen Seite ist eine große Liste die Kompromißformel für unser Verhältnis mit der FDP und der DP, die daran interessiert sind.

Wenn man überhaupt eine Liste hat, die natürlich nach unserem Sinne bestimmt nicht schön ist, spielt es nicht mehr eine so kolossal große Rolle, ob sie groß oder klein ist. Wenn schon mal so eine Liste da ist – ich weise auf die Hamburger Erfahrungen hin –, dann kommen die Leute und stellen ihre Kandidaten auf, selbst wenn sie hundertmal wissen, daß ihre Stimmen außerordentlich entwertet sind. Die Leute, die die Kandidaten aufstellen, wollen das eben nicht sehen. Für sie ist einzig wichtig, wie wirkt bei einer solchen Verhältniswahl – 242 zu 242 – eine Stimme im Wert, die auf der Liste zum Zuge kommt. Das ist für die politische Zusammensetzung des Parlaments von Bedeutung und mit Bezug auf die Wertung, welche Chancen der BHE hat. Bei diesem Verhältnis ist es 1 : 1, die Liste wird auf 50 % entwertet. Ich will mal annehmen, der BHE würde 10 % der Stimmen bekommen, dann würde er 48 Mandate bekommen, und hier würde er bekommen 24, weil ja 240 Mandate nach der Verhältniswahl verteilt werden, die würde er zuzüglich der in der

direkten Wahl errungenen bekommen. Ich glaube aber, daß der BHE in der direkten Wahl weniger Chancen hat.

Ein Wort zu dem Stand der Verhandlungen. Über das Verhältniswahlrecht war Einigkeit innerhalb des Kabinetts hergestellt, und auch „links des Grabens“ war grundsätzlich Einigkeit hergestellt, einschließlich Blücher und Dehler, und zwar auf der Basis, daß die Wahl „links des Grabens“ als absolute Mehrheitswahl aufgezogen ist mit zwei Wahlgängen. Jetzt sind aber doch über diese Frage in letzter Stunde gewisse Auseinandersetzungen gekommen, indem zunächst einmal Bedenken seitens der CSU gegen die absolute Mehrheitswahl vorhanden sind. Man fürchtet den zweiten Wahlgang, gegen den zweifellos gewisse Bedenken zu erheben sind, für den anderenseits aber auch manches ins Feld zu führen ist. Wenn man nämlich dieses Wahlrecht anwendet, dann wird man nach dem ersten Wahlgang sehr genau sehen können, worum es eigentlich geht, und kann die Verabredung für den zweiten Wahlgang auf ein bestimmtes politisches, also regierungsbildendes Ziel abstellen. Ich könnte mir sehr gut vorstellen, daß daraufhin die Bedenken ins Umgekehrte umschlagen würden. Man kann den Leuten im zweiten Wahlgang ein regelrechtes politisches Ziel vor Augen stellen. Ich kann mir gut vorstellen, daß der zweite Wahlgang nach der Wahlbeteiligung entscheidet, nebenbei gesagt, was ich auch verschiedentlich gehört habe, daß bei zweiten Wahlgängen die Wahlbeteiligung gar nicht so schlecht ist.

Die CSU hat dagegen die Vorstellung, man solle ein echtes Zweistimmenwahlrecht machen. Das ist auch praktisch ein Zweistimmenwahlrecht, nur, daß der Wähler sich nicht im klaren ist, daß er zwei Stimmen hat. Die CSU möchte also die Möglichkeit schaffen, daß, wenn ein Kandidat der CDU gewählt wird, gleichzeitig der Wähler sagen kann, auf die Liste will ich den FDP-Kandidaten. Das ist eine gewisse Annäherung an das bayerische Wahlrecht, die Bayern sind sehr für das Personenwahlrecht.

Ich glaube, [daß] dieses Wahlrecht – es ist so außerordentlich schwierig, mit den Bayern darüber zu sprechen – in höchstem Maße für uns gefährlich ist, da dann die anderen auf die Kandidatenaufstellung verzichten müßten, denn das ist die Grundlage, und ich möchte sehr, sehr dahingestellt lassen, ob sie das tun. Ebenso wird vom Innenministerium dieses Wahlrecht ganz strikt abgelehnt. (*Zwischenruf*: Die Gründe überzeugen mich gar nicht.) Die Bayern wollen den zweiten Wahlgang vermeiden, und da muß ich sagen, das hat zur Voraussetzung, daß in den einzelnen Wahlkreisen die FDP und die DP zugunsten der CSU auf die Aufstellung eines Kandidaten verzichten, und ich möchte das höchst bezweifeln, ob sie das tun und tun können, und wenn sie es nicht tun, ist der lachende Dritte die Sozialdemokratie, die sich austobt auf der Zersplitterung. Ein relatives Mehrheitswahlrecht, angewandt auf fünf bis sechs Parteien, ist die große Chance für die SPD, die immer ihre konstante Wählerzahl hat.

Nun kommt die DP, die will etwas anderes, wogegen die Leute vom Innenministerium Bedenken haben. Da gibt es in Schweden eine Sache, da kann man Listen-

verbindungen oder besser gesagt Wahlkreisvorschlagsverbindungen aussprechen, so daß also der Kandidat Müller und der Schulze und der Mayer sagen: Wir wollen unsere Vorschläge miteinander verbinden, und nun soll der Wähler die Möglichkeit haben, die Listenverbindung durchzubringen. Ich glaube, wenn man das macht, braucht das keine großen Bedenken zu haben, dann kann man sich den zweiten Wahlgang ersparen. Jetzt operiert damit Herr Hellwege, der sehr begeistert ist von dieser Sache⁷ aus seiner speziellen Situation in Niedersachsen. Im übrigen hat leider Gottes, weil man nicht sofort zugegriffen hat, das wäre vielleicht besser gewesen, sich die FDP-Fraktion mit dieser Sache befaßt und erklärt, sie ist Gegner dieses Wahlrechts, und sie will das alte Bundestagswahlrecht⁸. Meine Damen und Herren, die Gründe der FDP sind außerordentlich einleuchtend, aber ebenso für uns eigentlich bestimmt, daß wir alles daran setzen sollen, um eine solche Kompromißlösung zu finden. Etwas anderes ist es nicht, was ich Ihnen dargestellt habe, diese Kompromißlösung irgendwie durchzusetzen. Die FDP will diese Kompromißlösung deshalb nicht, weil sie glaubt, sie bringe die FDP in eine Abhängigkeit von der CDU. Eines will ich auf jeden Fall sagen, daß die Unabhängigkeit im Falle des anderen Wahlrechts, des bisherigen Wahlrechts, natürlich zweifellos viel größer ist und daß nun einmal, wenn ich vollkommen in einer Koalition stehe, ich eine gewisse Überbewertung innerhalb der Koalition habe.

Das richtet sich nach den Persönlichkeiten, die da mitspielen und im Spiel sind, und auch die Frage, wer ist Zünglein an der Waage. Aber die FDP sagt eben, die Listenverbindung, die uns den Ausgleich, den internen Proporz geben soll, bringt uns in eine Abhängigkeit von der CDU, denn wenn sie eines Tages die Listenverbindung nicht mit uns macht, sind wir mit diesem Wahlrecht restlos aufgeschmissen. Das ist tatsächlich so, daß sie in dieser Weise abhängig sind, daran ist gar kein Zweifel.

Wenn wir nämlich, wie das die Gegenseite annimmt, der FDP sagen könnten, wenn ihr koalitionsuntreu seid, dann werden wir eben einfach bei der nächsten Wahl die Listenverbindung nicht machen, und das bringt die Leute natürlich in eine ganz andere Situation. Das ist das, was sie fürchten und weshalb sie die Sache nicht mitmachen wollen und immer die Schwierigkeiten machen, die hier gemacht werden.

Es ist nun mal eben so, daß die Dinge in der ganzen Mehrheitswahlrechtskonstruktion liegen, die doch irgendwie dahin drängt, wenn auch nicht zur Bildung von zwei Parteien, aber doch immerhin zu einer Gruppierung, es wird irgendwie die Koalitionsbildung zum Teil schon vor die Wahl gezogen.

Das ist das Wesen des Wahlrechts, und insofern gibt es auch bei uns viele Leute,

⁷ Es handelt sich wohl um das norwegische Vorbild (Storting-Wahlgesezt vom 21. März 1930), wonach der Wähler die Möglichkeit hat, bei Listenverbindungen seine Stimme auf einen von zwei Kandidaten zu beschränken. Vgl. LANGE S. 490f. Das Bundesministerium meldete generell verfassungsrechtliche Vorbehalte gegen ein Listenverbundsystem an.

⁸ Sitzung der FDP-Fraktion vom 8. Dezember 1952 (LANGE S. 488f.).

die sagen, wir wollen uns jetzt auch nicht im geringsten belasten, auch nicht mit der Belastung einer Listenverbindung, die ja nach außen nicht so sehr in Erscheinung tritt, und keine Blockbildung, keine Wahlbündnisse ... Ja, diesen Leuten, die so argumentieren, muß man entgegenhalten, dann seid ihr für Verhältniswahl und seid keine Mehrheitswahlrechtler. Das Wesen der ganzen Mehrheitswahl und eines solchen Mischsystems besteht eben in einer Behinderung und Verhinderung von Splitterparteien, aber nicht nur darin, sondern auch in einer gewissen integrierenden Wirkung, die sich auf die Zusammenarbeit der gewissen Parteien, die sich dazu verständigen, doch auswirkt.

Das ist der Stand der Verhandlungen. Wie geht die Geschichte weiter? Ich würde also – das hat gestern auch der Bundeskanzler gesagt – dringend anregen, daß das Kabinett sich so schnell wie möglich zu einer Entscheidung entschließt und diesen Entwurf vorlegt, wobei ich glaube, daß man diese Fragen, die von der CSU und der DP aufgeworfen sind, im Moment noch nicht zu behandeln braucht. Die CSU ist auch damit einverstanden, daß zunächst nicht ihre Einwendungen berücksichtigt werden, dasselbe habe ich auch Herrn von Merkatz nahegelegt. Ob nun die FDP-Minderheit aufgrund des Fraktionsbeschlusses der FDP ihre bisherige grundsätzliche Bereitwilligkeit zurückziehen wird, muß abgewartet werden. Herr Dehler sagte neulich, als ich ihn darauf ansprach: „Die Leute sind verrückt.“ Er ist begeistert von dieser Sache. Man soll eben versuchen, nicht zu stören und nicht allzuviel sagen. Ich habe angeregt, daß wir dieses Gesetz in einem Sonderausschuß behandeln im Bundestag, darüber sind wir uns auch einig. Die Mitglieder dieses Sonderausschusses sollen schon benannt werden und dann die Vertreter, die in diesen Sonderausschuß kommen, sich auf drei Tage zum Schluß der Weihnachtsferien zusammensetzen, also Mitte Januar, und versuchen, eine Einigung herbeizuführen.

Wir müssen uns über eines völlig im klaren sein, alle unsere Wünsche nach dem Wahlrecht lassen sich hundertprozentig nicht durchsetzen. Wenn wir nicht irgendwie zu einem Kompromiß kommen, ist es todsicher, daß uns das bisherige Bundestagswahlrecht beschert wird, für das eine Mehrheit unserer Koalitionsparteien und die SPD nicht zu haben ist.

Kaiser: Ich gebe dem Wunsche Ausdruck, daß uns die Sache nun klarer geworden ist, wie sie vorher war, leichter ist sie nicht. Wahrscheinlich wird Kollege Scharnberg uns anhand von konkreten Punkten noch die eine oder andere Erläuterung sagen. Festgestellt hat er 1. grundsätzlich, wir müssen das beste und durchsetzbare Wahlrecht erstreben, 2. die Sache mit der Sperrklausel ist auch klar, und 3. wir müssen also den Ausweg finden zwischen einer Mischung, die den internen Proporz bringt.

Stimmt der Vorstand damit überein, daß die Mandatsziffer erhöht wird, so wie sie von Herrn Scharnberg vorgeschlagen wurde, 242 im direkten und 242 in der Verhältniswahl?

Wenn ich es sagen soll, was ich empfinde und was ich denke und was das Volk draußen denkt, bin ich der Auffassung, daß wir davon Abstand nehmen sollten. In

der Kabinettsitzung war das von der DP vorgetragen worden und unter dem Hinweis darauf, daß so viele namhafte Abgeordnete durch die europäischen Aufgaben und Angelegenheiten so sehr in Anspruch genommen sind, daß das Parlament in Bonn zu schwach geworden ist in seiner Zahl und seinen Aufgaben nicht mehr gerecht werden kann. Man sollte das nicht tun. Wir müßten dann das Haus, das eben erst erbaut worden ist, erweitern und umbauen, darauf will ich nur hinweisen.

Dann die Frage der Listenverbindung. Es ist gesagt worden, wir müssen mit unseren Freunden von den Koalitionsparteien rechnen und mit der FDP und DP zu einer Übereinstimmung kommen. Ich hätte dabei gerne gehört, ob nicht noch andere herangezogen werden müssen, es sind auch noch andere Gruppen da, die nicht einfach ausgeschaltet werden können, sondern die sich auch sehr zur Geltung bringen werden.

Noch etwas über den Stand der Überlegungen. Soweit ich die Stellungnahme des Innenministers kenne, hält er nach wie vor daran fest, absolute Mehrheitswahl mit Stichwahl, also ein erster Wahlgang, bei dem, wenn man die letzten Wahlergebnisse von 1949 heranzieht, man feststellt, daß im ersten Wahlgang 40 bis 50 Mandate gewählt worden sind. Es sind nur ganz wenig Wahlkreise, die eine absolute Mehrheit bringen, etwa in unserem Bereich in Nordrhein-Westfalen, dann in Rheinland-Pfalz und in Südwürttemberg und Baden. Dann hört es schon mal auf, und dann die Stichwahlen. Das ist eine Sache, die beachtet werden muß und für die mancherlei spricht. Dann aber die Sache mit dem Zweistimmen-Wahlrecht, von dem Herr Scharnberg gesagt hat, daß es lebhaft diskutiert wird. Die Sache müßte an einem konkreten Wahlkreis demonstriert werden, damit man das begreifen und beurteilen kann.

Tillmanns: Es ist eben das Wort Stichwahl gefallen. Die Stichwahl im Sinne des alten Reichstagswahlrechts ist hier vorgeschlagen in der Erwartung, daß, wenn es zu einer Stichwahl zwischen einem sozialdemokratischen Kandidaten und einem Kandidaten der anderen Parteien kommt, ebenso wie es vor 1914 gewesen ist, im Zweifelsfalle sich die anderen Parteien gegen den sozialdemokratischen Kandidaten zusammenschließen.⁹ Ich bin der Auffassung, daß sich seit 1914 manches entscheidend geändert hat. Dieses gemeinsame Zusammenstehen der anderen Parteien gegen die Sozialdemokratie ist nicht mehr vorhanden. Es ist z.B., wenn in Bayern ein CSU-Kandidat gegen einen sozialdemokratischen Kandidaten steht, keineswegs sicher, daß die anderen Parteien für den CSU-Kandidaten stimmen, und es gibt auch Situationen beispielsweise in Hamburg, wo das der Fall ist. Ein Stichwahlssystem, nach dem von 1914, verdient meiner Ansicht nach nach dem Vorschlag, den die Bayern gemacht haben, eine ernsthaftige Würdigung. Sie machen folgenden Vorschlag, daß jeder Wähler zwei Stimmen erhält, eine für den Wahlkreis und eine für seine Liste, oder eine für die Wahl „rechts des Grabens“ und eine für die Wahl „links des Grabens“. Er hat also die Möglichkeit, anders zu wählen im Wahlkreis als auf der

9 Zum Wahlrecht vor 1914 vgl. KAACK S. 34f.; JESSE S. 51ff.

Liste. Der Gedanke ist dabei, den kleinen Splitterparteien entgegenzukommen, so daß sie die Möglichkeit haben, auf der Liste ihren Hauptabgeordneten zu wählen, andererseits im Wahlkreis den Kandidaten zu wählen, der ihnen am nächsten steht. Der Gedanke ist dabei, eine große Chance zu bieten, sie sollen Zusammenschlüsse in den Wahlkreisen bilden. Der Gedanke ist, jeder Wähler hat zwei Stimmen, er kann die beiden Stimmen für seine Partei im Wahlkreis und auf der Landesebene abgeben und umgekehrt seine Stimmen getrennt abgeben. Es würde dann im Wahlkreis die relative Mehrheit entscheiden, d.h. nur ein Wahlgang erforderlich sein, was zweifellos auch ein Vorteil ist. Ich behaupte nicht, daß dieses System oder diese Methode der relativen Mehrheit mit zwei Stimmen nun unter allen Umständen eine Sicherheit gibt, keineswegs, aber ich wage zu behaupten, daß die Stichwahl uns noch weniger Sicherheit gibt. Wir haben in beiden Fällen keine Sicherheit, wie die Dinge laufen, absolute Sicherheit gibt überhaupt kein Wahlrecht.

Albers: Zur Frage der Stichwahl. Ich muß Dr. Tillmanns folgen, wenn er sagt, daß heute absolut keine Aussicht besteht, daß die FDP oder andere Kandidaten bei der Stichwahl mit uns tun. Ich entsinne mich der Zustände vor 1914. Vor 1914 war es auch nicht so, daß die Parolen – ich spreche von den sogenannten bürgerlichen Parteien –, daß diesen Parolen Folge gegeben wurde. Ich erinnere an die Wahlen im Jahre 1912. Da wurde Karl Trimborn¹⁰ nicht gewählt, und der SPD-Mann wurde gewählt von den Liberalen und Nationalliberalen. Obwohl wir an Ort und Stelle ein Abkommen getroffen hatten, wurde dieses Abkommen nicht gehalten. Trimborn fiel herein. Dasselbe Beispiel haben wir in Düsseldorf erlebt, wo der Bankier Friedrich¹¹ nicht gewählt wurde, sondern Carl Haberland¹² von der SPD, weil die damaligen Nationalliberalen der offiziellen Parole ihrer Partei nicht gefolgt sind. Ich habe die Auffassung, daß auch im jetzigen Zustand die FDPler nicht den Parolen ihrer offiziellen Parteileitung Folge leisten, und wenn ich mir in Köln einen Mann wie den

10 Karl Trimborn (1854–1921), 1896–1921 MdR (Zentrum), 1918 Staatssekretär. – Bei der Wahl im Januar 1912 verlor er seinen Wahlkreis Köln-Stadt an Adolf Hofrichter (SPD). Daraufhin legte Karl Becker (Zentrum) am 14. Februar 1912 sein Mandat im Wahlkreis Köln-Siegburg nieder, den Trimborn bei der Nachwahl am 1. März 1912 gewinnen konnte. Vgl. Rudolf MORSEY in *LEBENSBIlder* 1 S. 81–93.

11 Die Wahl war nötig geworden wegen des Todes von Theodor Kirsch (Zentrum) am 31. Mai 1911. Die Nationalliberalen stellten für die Ersatzwahl am 19. September keinen Kandidaten auf und empfahlen zum Teil ihren Anhängern, die SPD zu unterstützen. Der Zentrumskandidat Johann Friedrich erhielt 29.291 Stimmen, der SPD-Parteisekretär Carl Haberland 34.037, die Demokraten 3.311 und die Deutschnationalen 3.147. Für die Stichwahl am 29. September legten die Linksliberalen und Teile der Nationalliberalen den Wählern entweder Wahlenthaltung oder sogar Unterstützung der SPD nahe. Friedrich erhielt 36.640, Haberland 39.560 Stimmen („Kölnische Volkszeitung“ vom 20. und 30. September 1911).

12 In der Vorlage: Habermann. – Carl Haberland (1863–1938), 1906–1907 und 1911–1918 MdR (SPD), 1920–1924 MdPrL. Vgl. Anm. 11.

Freiherrn von Rechenberg¹³ vorstellen soll, der jetzt von Antiklerikalismus spricht, da glaube ich nicht, daß dieser Freiherr einem Mann oder [einer] Frau von uns in Köln die Stimme gibt oder auffordert, die Stimme zu geben, ich bezweifle das.

Eine zweite Frage, die Frage der Mandate. Müssen es denn gerade 484 sein? Ist es notwendig, daß wir 82 Mandate neu schaffen? Ich habe die Meinung, uns zu begnügen mit dem, was ist, und nicht im Volke die Stimmung aufzubauschen, daß noch mehr Leute in Bonn Politik machen.

Kaiser: Wir müssen eine Stellungnahme im Vorstand herbeiführen. Ich bin gegen eine Erhöhung der Mandate. Zu diesen 484 würde dann die entsprechende Zahl der Berliner Mandate kommen, so daß eine Abgeordnetenzahl von über 500 herauskommt.

Scharnberg: Ich würde doch bitten, daß wir nicht so schnell Beschlüsse fassen, es kann sich doch nur um Richtlinien handeln. Die 484 Mandate sind nicht dadurch entstanden, weil es ein Vorschlag der DP war, sondern ein Vorschlag, der eine Kompromißlösung mit der FDP war. Wir werden ohne diese Anzahl der Mandate auf Listen mit der FDP nicht klarkommen. Für uns mag es ein Trost sein, das habe ich mir erlaubt auszuführen, daß wenn ich schon eine Liste habe, ist es wirklich nicht mehr so wesentlich, ob die Liste gewissermaßen dazu führt, daß die Splitterparteien halbiert oder gedrittelt werden, für uns ist ein Vorteil darin. Wir müssen mit der Bundesliste operieren in bezug auf den internen Proporz. Das können wir besser, wenn wir eine größere Liste haben. Ein Trost auch, man kann es nach außen ganz gut rechtfertigen, mit europäischen Fragen. Also noch einmal: der Grund liegt in dem Kompromiß mit der FDP.

Es war gefragt worden, ob auch andere Listenverbindungen machen können und mit wem. Selbstverständlich! Ich habe in keiner Weise gesagt, daß wir eine Listenverbindung machen werden zwischen FDP und CDU. Es braucht auch durchaus nicht in dieser Form zu sein. Daß es in dieser Form nicht zu sein braucht, ist ja der Grund, daß die FDP dagegen ist. Zweistimmenwahl oder Stichwahl? Ich würde herzlich bitten, uns nicht festzulegen im Moment. Es spricht manches für die eine, manches für die andere Sache. Eines möchte ich noch sagen: Laßt Zahlen sprechen! Wir haben ihnen bereits gesagt, wir würden auf der Basis von 242 Wahlkreisen arbeiten. Wie haben sich nun die bisherigen direkten Wahlen abgespielt? CDU, FDP und DP haben zusammen bisher 143 Mandate. Wenn Stichwahl ist und in der Stichwahl 100%ig Gefolgschaft geleistet wird von FDP und DP, dann haben wir statt 143 Mandate 174 Mandate, das hat zur Voraussetzung, daß auf der anderen Seite hinter den SPD-Kandidaten die KPD und das Zentrum vollkommen hinterherlaufen. Wie verändert sich das, wenn die Gefolgschaft nur 75 % beträgt? Dann bekommen wir statt 174 noch 158, immer noch 15 mehr als beim relativen Mehr-

13 Dr. Hans-Albrecht Frhr. von Rechenberg (1892–1953), 1948–1949 MdPR, 1949–1953 MdB (FDP), seit 1945 Präsidiumsmitglied der Industrie- und Handelskammer Köln, 1947 2. Vorsitzender des FDP-Landesverbands Nordrhein-Westfalen.

heitswahlrecht. Dann haben wir berechnet, wie sich das stellt, wenn die Gefolgschaft nur 50 % beträgt. Dann tritt keine Veränderung ein. Die Zahlen zeigen, daß die Gefolgschaft gar nicht so stark geleistet zu werden braucht, sie genügt selbst dann, wenn sie nur 50 % ist, dann haben wir immer noch 15 Mandate mehr. Diese Zahlen zeigen doch klar, daß eben eine hundertprozentige Gefolgschaft, wie sie bezweifelt wird von mir, nicht geleistet zu werden braucht.

Kaiser (zu dem soeben eintretenden Innenminister Dr. Lehr): Sie sind gerade rechtzeitig gekommen. Soweit ich in Erinnerung gehabt habe, sind Sie für das System der Stichwahlen mit eingetreten. Vielleicht ist es doch gut, wenn der Innenminister seine Auffassung vorträgt.

Lehr: Das Innenministerium ist seit über Jahresfrist damit beschäftigt, die verschiedenen Systeme einmal zu überdenken, soweit möglich in Zahlen ihre Erfolgsaussichten auszurechnen und im Kabinett Vorschläge zu machen. Ich möchte einmal eines sagen, es ist diesmal sehr schwer, in Zahlen annähernd zuverlässige Erfolgsaussichten zu konstruieren, denn wir haben eine ganze Reihe neuer Momente zu beachten. Einmal treten die vier Jahrgänge Neuwähler an die Wahlurne, deren Zusammensetzung wir im einzelnen nicht kennen. Das zweite ist, daß sich unter den Wählern, die durch den Flüchtlingsstrom zu uns kommen, sehr viele befinden, die nicht mit Sicherheit auf ihre politische Stellung anzusprechen sind. Alles, was dort mehr oder weniger bedürftig herüberkommt, ist gar nicht richtig zu beurteilen. Unter Zugrundelegung der Kommunalwahlen werden sie sicherlich mehr nach der Seite des BHE oder der SPD sich gruppieren als nach unserer Seite. Aber, wie gesagt, abschätzen läßt sich das auch nicht. Und endlich ist zu beachten, daß wir zwar keineswegs in den Großstädten bei den letzten Kommunalwahlen etwa an Stimmen verloren haben, das ist auch in Nordrhein-Westfalen nicht der Fall. Aber wir haben bemerken müssen, daß unser Gegner, die SPD, aufs Land geht und jetzt versucht, auf dem Lande Boden zu fassen und auch Wurzel gefaßt hat, und wir werden nicht so damit rechnen können, daß wir bei den nächsten Wahlen auf dem Lande dasselbe Stimmenverhältnis haben wie bei den vergangenen Wahlen, und es ist auch so, daß eine Umschichtung nach großen Gesichtspunkten stattgefunden hat. Nordrhein-Westfalen hat einen Flüchtlingsstrom aufgenommen, auf der anderen Seite sind zuverlässige Leute, die wir sehr gut in Nordrhein-Westfalen brauchen könnten, als Heimatvertriebene woanders untergebracht. Es wäre sehr erwünscht, auch einmal daran zu denken, ob man nicht in stärkerem Maße diese Heimatvertriebenen wieder in Nordrhein-Westfalen verwurzelt und wieder herüberschaffen soll und dafür einen Flüchtlingsstrom etwa mehr an anderer Stelle verteilt, wo es politisch erträglicher ist.

Ich wollte diese allgemeinen Gesichtspunkte einmal vorausschicken, um zu sagen, Wahlmathematik ist in den nächsten Monaten etwas sehr Schwieriges, nach großen Gesichtspunkten vorgetragen, einmal das zu sagen, was wir bestimmt nicht tun sollen. Was wir bestimmt nicht tun sollen ist, Wahlsysteme auszuknobeln, bei denen vielleicht der eine oder andere Wahlkreis günstiger abschneiden könnte, bei

dem aber die Splitterparteien den Segen davontragen könnten. Das wären die Schwierigkeiten in unseren ohnehin schon schwierigen Zeitläufen, wenn wir gesegnet oder bestraft würden mit einer Anzahl Splitterparteien, die dann zuletzt die großen Parteien vergessen lassen, daß wirklich eine positive Politik nach großen Gesichtspunkten gemacht wird, wenn man letzten Endes immer um die Gunst kleiner und kleinster Gruppen ringen muß, die dann sehr schwer zu gewinnen ist. Also haben sich die Vorschläge des Innenministeriums sehr stark danach gerichtet, unter welchen Gesichtspunkten die Splitterparteien am meisten zurückgedrängt werden können. Das Wahlsystem, bei dem die Splitterparteien am meisten zurückgedrängt werden, ist die absolute Mehrheitswahl, da verschwinden sie fast vollständig, und vom Standpunkt der CDU gesprochen, wird bei der absoluten Mehrheitswahl die CDU am besten abschneiden. Sie kann sich das leisten.

Ich wußte nicht, daß Sie diesen Punkt heute besprechen, sonst hätte ich Ihnen die hierfür errechneten Tabellen und Schaubilder vorlegen können, aber ich glaube auch, der Kreis ist so groß, um solche Einzelheiten zu erfassen, und ich kann nur die Gesichtspunkte geben, die zweifellos bei aller Beachtung dieser Wahlen für die CDU die größten Erfolge bieten. Aber wir stehen ja nicht allein, wir haben auch Rücksicht zu nehmen auf die Bundesgenossen und auf die gesamte Konzeption. Deshalb möchte ich noch einmal sagen und auch bei Berücksichtigung der Lage unserer künftigen Bundesgenossen davor warnen, daß man einmal sagt, bei der CSU und in Bayern ist das und das zu machen oder in Niedersachsen, da ist doch fraglich, wie sich der BHE entwickelt. Wenn wir nach einzelnen Wahlkreisen gehen, werden wir ganz sicher in ein schiefes Geleise kommen. Deshalb glaube ich persönlich, und dahin hat sich das Kabinett auch ausgesprochen, daß wir am besten verfahren, wenn wir in folgender Weise vorgehen: Wir wählen auf der einen Seite, das ist allerdings im Kabinett noch nicht vorgetragen worden, wenn uns sogar mehr als die Hälfte in direkter Wahl, und zwar in der absoluten Mehrheitswahl auf der einen Seite wählen und auf der anderen Seite Länderlisten oder Bundeslisten oder auch beide zusammen, Länder- und Bundesliste in einer noch festzustellenden Relation. Und hier nach der reinen Proportion unter Berücksichtigung der Gesamtzahl der abgegebenen Stimmen und hier einen internen Ausgleich mit unseren Bundesgenossen vornehmen [!]. Wenn wir dann immer noch Stimmen haben und sie sich nicht gut entschließen können, weil sie sich ausgerechnet haben, daß es hier und dort für sie ungünstig ist, müssen wir eben den Ausgleich auf der Landesliste nehmen, um die Persönlichkeiten, die wir gerne wiedersehen wollen, im Bundestag oder in anderen Ämtern dort unterzubringen.

Über die Zahl der Mandate läßt sich reden, glaube ich, und das ist wohl auch die Meinung, die der Kanzler selbst mitvertreten hat, daß wir im nächsten Jahr eine Fülle von Aufgaben mit der eigenen Partei zu bewältigen haben und daß es nicht wünschenswert ist, daß wir zuviel Leute aus unseren eigenen Reihen, die sich bisher eingearbeitet und bewährt haben, aber auch einige aufstellen, die für künftige Aufgaben an anderer Stelle geeignet erscheinen. Infolgedessen neige ich dazu, diese 484

Abgeordneten zu nehmen. Die Zeiten haben sich heute wesentlich geändert in dem Umfang der Aufgaben. Es ist nicht entscheidend, man kann es auch anders machen, das würde aber unter grundsätzlichen Betrachtungen keineswegs fallen.

Wesentlich ist noch einmal, daß man beachtet die Aufgabe, Zurückdrängung der Splitterparteien, damit wirklich große Parteien nach einem wirklich demokratischen Verfahren um die Macht, den Einfluß und die Gestaltung unseres politischen Schicksals ringen können. Das ist das Wesentliche. (*Zwischenruf*: Das A und O.) Alle die Kinderkrankheiten, an denen wir offensichtlich leiden, beruhen darauf, daß wir so viel Kleinigkeiten immer zu bekämpfen und zu bereden haben. Deshalb möchte ich vorschlagen, daß wir uns nicht so sehr in Einzelheiten verlieren, sondern über die tragenden Gesichtspunkte einig werden.

Kaiser: Ich habe inzwischen einmal feststellen lassen, ob wir damit rechnen können, daß der Kanzler herunterkommt. Er ist immer noch festgehalten durch den französischen Besuch, und es ist auch nicht abzusehen, wann diese Besprechung zu Ende geht. Unsere Ministerpräsidenten werden um 12.30 Uhr weggehen müssen, und ich frage, ob wir die Besprechung der Wahlangelegenheit unterbrechen und dann die vorbereitete Presseerklärung erörtern.

Arnold: Ich habe nur einen Wunsch. Ehe das Kabinett diesen Entwurf endgültig verabschiedet und dem Bundestag zuleitet, möchte ich wünschen, daß dann auch die CDU-Ministerpräsidenten unterrichtet werden darüber, was darinsteht, weil die Verhältnisse in den einzelnen Ländern so verschieden sind.

Simpfendorfer: Ich möchte dringend warnen vor dem internen Proporz.

Tillmanns (verliest nachstehende Presseverlautbarung):

„Gegen jede Verzögerung!

Der Bundesparteivorstand der CDU Deutschlands erörterte am 15. und 16. Dezember in Bonn unter Vorsitz von Bundeskanzler Dr. Adenauer die politische Lage. Der Parteivorstand hat seine Auffassungen einmütig in folgender EntschlieÙung niedergelegt: Der Bundesvorstand der Christlich-Demokratischen Union stellt gemeinsam mit den Vorsitzenden der Landesverbände und den der CDU angehörenden Ministerpräsidenten der Länder nach eingehender Aussprache fest:

1. Die Christlich-Demokratische Union fordert angesichts der Lage Deutschlands und der gesamten internationalen Lage, daß die Deutsche Bundesrepublik den Deutschlandvertrag und den Vertrag über die EVG sobald wie möglich ratifiziert. Die Verschiebung der dritten Lesung war notwendig, um die Durchführung der Feststellungsklage vor dem Bundesverfassungsgericht zu ermöglichen und damit gegen die Verzögerungsversuche der Opposition zu erreichen, daß die Verträge möglichst bald in Kraft treten.

2. Es erfüllt uns mit großer Sorge, daß das Bundesverfassungsgericht in zunehmendem Maße zum Gegenstand politischer Auseinandersetzungen geworden ist. Wir wollen diese Diskussion, die die Autorität eines wichtigen Organs unserer rechtsstaatlichen Ordnung gefährdet, nicht durch neue Kritik vertiefen. Was zu dem

Beschluß des Bundesverfassungsgerichts über die rechtliche Wirkung eines von ihm geforderten Gutachtens zu sagen ist, hat der Bundeskanzler in seiner Erklärung vor dem Bundestag vom 11. Dezember dargelegt.¹⁴

3. Die Beratungen des Bundestags – besonders die große Rede des Bundeskanzlers und die Ausführungen der Sprecher der Christlich-Demokratischen Union – haben der Öffentlichkeit erneut gezeigt, daß in der Schicksalsfrage unseres Volkes, die jetzt zur Entscheidung steht, nur die Regierung und die hinter ihr stehenden Parteien eine klare überzeugende Konzeption haben, nämlich den Zusammenschluß Deutschlands mit den Völkern der freien Welt zur Sicherung des Friedens und der Freiheit. Das ist zugleich der Weg zur Wiedervereinigung Deutschlands. Die sozialdemokratische Opposition hat dem nur negative Kritik entgegengesetzt; eine andere positive Lösung zur Einigung Europas hat sie nicht gezeigt. Sie hat sogar zugegeben, daß durch das Scheitern der Verträge ein Vakuum entstehen würde, ohne allerdings hinzuzufügen, daß ein solches Vakuum genau das ist, was die Sowjetunion zur Durchsetzung ihrer Ziele in Europa will. Wenn die Sozialdemokratische Partei glaubt, dieses Vakuum durch eine „Internationale Gemeinschaft von Völkern von Freien und Gleichen“ ablösen zu können, so ist das eine blasse und angesichts der Weltlage geradezu lebensgefährliche Illusion. Wir halten demgegenüber fest an einem System der Friedenssicherung, dessen Verwirklichung in greifbarer Nähe vor uns steht.

4. Der Bundesvorstand der Christlich-Demokratischen Union billigt die Haltung der Bundestagsfraktion und der Bundesregierung in den Verhandlungen der letzten Wochen und bittet sie, ihre Politik klar und entschlossen fortzusetzen.“

Den Entwurf hat der Bundeskanzler nochmals überprüft nach dem Entwurf, den ich gemacht hatte. Darin war im Absatz 3 die Rede davon, daß der Vorsitzende der SPD, Ollenhauer, von einem Vakuum gesprochen hatte.

Arnold: Ich bedauere außerordentlich, daß ich an den gestrigen Beratungen nicht teilnehmen konnte, so daß ich sachlich wenig sagen kann. Ich höre jetzt zum ersten Mal den Wortlaut der EntschlieÙung, bin aber der Meinung, daß, wenn der Bundesvorstand eine solche EntschlieÙung herausbringt, man den Namen Ollenhauer nicht hineinbringen soll. Ich bitte, sich auf klare und konkrete Tatbestände zu beschränken und nicht eine Polemik mit Ollenhauer herbeizuführen.

Kiesinger: Zu der letzten Bemerkung möchte ich sagen, ich empfinde es ähnlich. Nur hat Ollenhauer dadurch, daß er das Zugeständnis machte, daß ein Vakuum bestehe, uns ein Entgegenkommen gezeigt, wir müssen Mittel und Wege finden, daß man die EntschlieÙung annimmt, ohne von Ollenhauer zu sprechen. Auf das Argument „Vakuum“ sollte man nicht verzichten. (Kiesinger befaÙt sich dann noch mit einigen sprachlichen Unklarheiten der EntschlieÙung.)

(Inzwischen ist der Bundeskanzler erschienen.)

14 Sten.Ber. 1.WP Bd.14 S.11650.

Adenauer: Sie müssen mich zunächst entschuldigen, ich komme erst jetzt von der Besprechung mit François-Poncet zurück, er wollte mich gestern schon sprechen im Auftrage Schumans. Gerade was Ollenhauer angeht, ließ Herr Schuman mich bitten, Auskunft zu geben, was ich mit Ollenhauer besprechen wolle. Er möchte wissen, ob daran zu denken sei, ob wir von unserem bisherigen Standpunkt abgehen würden.

Ich bin im Gegensatz zum Ministerpräsidenten Arnold der Ansicht, Ollenhauer ist doch der Vorsitzende der Partei und der Fraktionsführer, der Vorsitzende der Sozialdemokratischen Partei und der sozialdemokratischen Fraktion, und ich finde es deshalb nicht unrichtig, wenn man den Namen Ollenhauer erwähnt. Nachdem er uns ein so kräftiges Argument in die Hand gegeben hat, kann man das ruhig erwähnen.

Kiesinger schlägt einige Änderungen an der Entschließung vor.

Adenauer: Wenn man in einem Kreise von über 30 Leuten Wünsche über Einzelheiten austragen will, kommt man niemals zu Rande. Ich schlage vor, drei Herren aus der Versammlung zu bestimmen, die diesen Wünschen nach Möglichkeit Rechnung tragen.

Tillmanns: Ich lese gerade in dem zweiten Absatz, der sich mit dem Beschluß des Bundesverfassungsgerichts befaßt, und habe inzwischen überlegt, ob es nicht vielleicht möglich ist, dieses in einer anderen Form zu sagen und das zu tun, was gestern die allgemeine Meinung war, das Bundesverfassungsgericht möglichst nicht noch einmal von uns aus in irgendeiner Weise anzusprechen. Ist es nicht sinnvoller, etwa folgendermaßen fortzufahren: „Was zu dem Beschluß des Bundesverfassungsgerichts über die rechtliche Wirkung eines Gutachtens zu sagen ist, hat der Bundeskanzler dargelegt.“

Kiesinger: Der zweite Satz ist für die Veröffentlichung unverständlich. Das ist der große psychologische Fehler, den wir gestern festgestellt haben. (Kiesinger macht weitere Vorschläge zur Änderung, und es wird dann eine Kommission von drei Herren bestimmt, die die Entschließung entsprechend ändern sollen.)

VERTRIEBENENFRAGEN

Adenauer: In der Presse ist vermerkt worden, daß Herr Arnold und Herr Lübke gestern nicht anwesend waren. Sie haben sich inzwischen über das Wahlgesetz unterhalten. Wir haben nun die sehr unangenehme Sache, den kolossalen Streit mit den Vertriebenen, ein unerträglicher Krach, auf der einen Seite Lukaschek und auf der anderen Seite Kather. Herr Kather kennt meine Meinung über ihn, dabei bin ich nicht berufen, irgendwie Richter zu sein. Ich kenne Herrn Kather seit 1946. Er ist manchmal etwas stachelig, aber vielleicht auch etwas impulsiv, aber Herr Kather ist ein Mann, der treu zu unserer Partei steht und sich ganz zweifellos große Verdienste um die Vertriebenen erworben hat. Was Herrn Lukaschek angeht, das darf ich in aller Offenheit sagen, daß der Minister für die Vertriebenen nicht das geleistet

hat, was hätte etwa geleistet werden müssen. Er hat sich die Initiative viel zu stark aus der Hand nehmen lassen, er ist etwas *laisser-aller*, wenig widerstandsfähig. Nun ist das Bedauerliche, daß zwischen Kather und Lukaschek persönliche Differenzen ausgebrochen sind, jedenfalls werden beide Teile die Schuld mittragen, wer die größere Schuld hat, das zu entscheiden, ist sehr schwierig. Ich möchte aber sehr ernst als Parteivorsitzender sagen, daß an diesem Zerwürfnis Herr Lukaschek ein vollgerütteltes Maß an Schuld trägt. Nun hat der Vertriebenenausschuß unserer Partei getagt in Königswinter.¹⁵ Es ist dort zwischen Lukaschek und Kather zu sehr erregten Auseinandersetzungen gekommen. Es wurde sogar von einem Ehrengericht gesprochen, das eingesetzt werden müsse. Davon ist man abgekommen, aber man wünscht, daß man in diesem Gremium ...

Dr. Adenauer bittet, Herrn Lukaschek zu holen, und sagt zu Herrn Kather¹⁶: Herr Kather, hören Sie mich aber auch an, schreiben Sie nicht zu viel. Ich bin der Auffassung, ein Gremium von der Größe, wie wir es sind, kann sich unmöglich mit dieser Fülle von Einzelheiten abgeben. Es geht hier um gegenseitige, zum Teil berechnete, zum Teil unberechtigte Beschuldigungen, das hier zu entscheiden, ist vollkommen unmöglich.

(*Zwischenruf Kather*: Das ist auch nicht gewünscht worden, es ist lediglich gewünscht worden, daß dieser Ausschuß eingesetzt wird mit der Aufgabe, daß von jeder Seite ein Herr genannt werde, ich würde in diesem Falle Dr. Bucerius¹⁷ nennen.)

Die Sache ist sehr ernst, und zwar deshalb, weil, wenn wir die Geschichte nicht ins Lot bringen, doch die Frage der Vertriebenen bei der Bundestagswahl eine sehr unangenehme Wendung finden kann. Nun weiß ich nicht, findet sich jemand bereit, den dritten Mann abzugeben, das wäre am angenehmsten. Wollen Sie es übernehmen, Herr Müller? Ich habe auch nach Ihrer Richtung, Herr Arnold, gesehen. (Inzwischen ist Minister Lukaschek erschienen.¹⁸) Ich habe kurz vorgetragen den Gang der Dinge in Königswinter, daß dort an uns das Ansinnen gestellt worden ist, es solle je ein Vertreter bestellt werden von Ihnen und von Herrn Kather, und wir sollen einen Vorsitzenden bestimmen. Dieses Drei-Männer-Kollegium soll die Sache in Ordnung bringen. Herr Kather hat Herrn Bucerius genannt. Würden auch Sie die

15 Vgl. Nr. 15 Anm. 11.

16 Warum Kather trotz Niederlegung seiner Parteiämter (vgl. Nr. 14 Anm. 8) an der Sitzung teilnahm, ist nicht ersichtlich. – Der Bundesausschuß der CDU für Angelegenheiten der Vertriebenen und Flüchtlinge hatte am 12. Dezember 1952 in Königswinter beschlossen, den Parteivorsitzenden zu bitten, einen Ausschuß einzusetzen, der sich der Differenzen zwischen Kather und Lukaschek in einem Schiedsverfahren annehmen sollte (UiD vom 20. Dezember 1952; Protokoll der Sitzung in NL Kather ACDP I-377-005/5).

17 Dr. Gerd Bucerius (geb. 1906), 1945 Senator der Hamburger Baubehörde, seit 1946 Verleger, 1947–1949 Mitglied des Frankfurter Wirtschaftsrates (CDU), 1949–1962 MdB, 1952–1957 Bundesbeauftragter für die Förderung der Berliner Wirtschaft.

18 Lukaschek kam aus der Kabinettsitzung.

Freundlichkeit haben, einen Herrn zu benennen. Zufällig haben Herr Arnold und ich denselben Gedanken gehabt, ob Herr Müller nicht der richtige Mann sei.

Lukaschek: Soll der Herr aus dem Kreise des Vorstandes sein? Dann würde ich den Chefpräsidenten van Husen¹⁹ benennen.

Adenauer: Aber, Herr Lukaschek, ich kenne Herrn van Husen, ein sehr ehrenwerter charaktvoller Mann, aber sehr stark als Richter juristisch gebunden, während ich glaube, hier müßten drei Männer herein, die nicht als Strafkammer dasitzen, sondern die nun auch den guten Willen haben, zu einem schnellen Willen ...

Lukaschek: Den schnellen Willen habe ich, aber ich mache das nicht zur Prinzipienfrage.

Adenauer: Herr van Husen ist seit geraumer Zeit politisch nicht mehr tätig. Sie sollten einen Herrn aussuchen, der auch politisch tätig ist und die Dinge vom politischen Standpunkt aus sieht. Ich warne vor Juristen.

Lukaschek: Ich möchte gerne einen Juristen haben. Herr Dr. Wuermeling wäre mir auch recht oder Weber²⁰, Wahl ...

Adenauer: Herr Weber hat erst kürzlich eine Kontroverse in Ordnung gebracht, es war eine glänzende Arbeit.

Lukaschek: Ich habe Herrn Weber in seiner Arbeit beobachtet, und wenn er mir die Freude machen würde, bin ich einverstanden.

Weber: Es fragt sich, ob beide Herren damit einverstanden sind, daß ich die Aufgabe übernehme, und wie man sich die Zuständigkeit dieses Ausschusses denkt. Gedacht ist wohl an eine verbindliche Erklärung. Sollen wir einen Schiedsspruch fällen oder lediglich den Versuch machen, eine Einigung herbeizuführen. Hier nach dem mir vorliegenden Text ist die Rede davon, daß dieser Ausschuß eine verbindliche Erklärung abgeben soll. Daraus geht doch an sich hervor, daß der Ausschuß die Möglichkeit haben soll, eine Entscheidung zu treffen, die für die beiden Herren zu treffen ist.

Adenauer: Ich würde das gar nicht empfehlen, das so genau zu formulieren. Hauptzweck ist, eine Verständigung herbeizuführen. Man kann nicht Liebe erzwingen, aber man kann dafür sorgen, daß Friede herrscht.

Kather: Es ist im Ausschuß gesagt worden, daß die Vorwürfe so konträr sind, daß eine Klärung erfolgen muß. In erster Linie ist zu klären, was ist geschehen, wenn sich die Möglichkeit ergibt, daß man von einer Verständigung sprechen kann.

19 In der Vorlage: von U... – Dr. Paulus van Husen (1891–1971), 1927–1934 Mitglied der Gemischten Kommission in Kattowitz/Oberschlesien, dann Oberverwaltungsgerichtsrat beim preußischen Oberverwaltungsgericht in Berlin-Charlottenburg, Mitgründer der CDU in Berlin, ab 1947 Richter am Deutschen Obergericht in Köln, 1949–1959 Präsident des Oberverwaltungsgerichts und 1952–1959 des Verfassungsgerichtshofs von Nordrhein-Westfalen. Vgl. Gerhard WEBERSINN: Dr. jur. Paulus van Husen. In: Mitteilungen des Beuthener Geschichts- und Museumsvereins, Heft 34/35 (1972/73). Dortmund 1973 S. 247–252.

20 Dr. Karl Weber (1898–1985), 1949–1965 MdB (CDU), 1965 Bundesminister der Justiz.

Es ist nicht so, daß diese Frage entscheidend ist für den Wahlausgang, da stehen andere Dinge im Vordergrund. Bei allen Gesprächen, die wir in letzter Zeit gehabt haben, hat die Frage gar nicht sehr zur Debatte gestanden. Es ist durchaus in Aussicht genommen, daß Minister Lukasek bis zum Schluß im Amt bleibt. Ich möchte bitten, daß diese Differenzen [nicht] überbewertet werden. Nun möchte ich noch folgendes sagen: Ich bin mit der Persönlichkeit von Herrn Müller durchaus einverstanden, aber ich habe ein sachliches Bedenken, das ist die große Entfernung. Uns kommt es darauf an, möglichst schnell zu einem Ergebnis zu kommen, und ich glaube, da Herr Müller doch in Hohenzollern wohnt, daß das auf gewisse Schwierigkeiten stößt. Herr Lukasek hat Herrn Wahl benannt oder Herrn Kleindinst²¹, damit wäre ich auch einverstanden.

Adenauer: Ein sehr annehmbarer Vorschlag, ich würde Herrn Kleindinst empfehlen. Herr Kleindinst ist ein Mann, der sich nach seiner ganzen Natur für eine solche Aufgabe sehr eignet, ein sehr gewissenhafter Mann, ein sehr vornehm denkender und ein wirklich besonders sympathischer Mensch, und Herr Kleindinst wird auch in seiner ganzen Art dafür geeignet sein. Wenn die beiden Herren damit einverstanden wären, wird das zu begrüßen sein.

(Beide Herren erklären ihr Einverständnis.)

Adenauer: Nun hat Herr Kather seine Mitgliedschaft hier im Vorstand niedergelegt, und ich weiß nicht, ob das schon zur Sprache gekommen ist. Ich glaube nicht. Wie können wir den Schaden reparieren?

Kather: Sehr einfach, wenn die Dinge ausgeräumt werden, die mich zu diesem Schritt veranlaßt haben. Das sind sachliche Beschwerden in erster Linie.

Adenauer: Ich möchte vorschlagen, man sollte dann warten, bis die Sache erledigt ist. Es könnte sonst aussehen wie ein Vorgriff in der ganzen Angelegenheit. Wir wollen das zurückstellen, bis diese Sache erledigt ist.

Kather: Dann haben Sie das nicht richtig verstanden, Herr Bundeskanzler. Die Frage der Vorfinanzierung kann man doch unmöglich [verschieben], darüber sind Minister Lukasek und ich vollkommen einig, wenn das noch einige Wochen hinausgeschoben wird, dann haben wir einen Schaden materiell und stimmungsmäßig, der nicht wiedergutzumachen ist.

Adenauer: Wir können vielleicht gleich noch darauf zurückkommen, Herr Arnold muß fort. (Der Bundeskanzler stellt dann fest, daß der Vorstand mit dem Inhalt der Entschließung einverstanden ist und damit einverstanden ist, daß gewisse kleine Änderungen von dem gewählten Ausschuß getroffen werden.)

Arnold: Ich denke, daß der Bundesvorstand, das wichtigste Organ, eine amtli-

21 Dr. Josef Ferdinand Kleindinst (1881–1962), 1919 Stadtrechtsrat, 1948–1949 MdPR (CSU), 1949–1957 MdB (Vorsitzender des Ausschusses für Beamtenrecht). – Zum Verfahren (Vorsitzender des Schiedsgerichts war Kleindinst, Beisitzer waren Bucerius und Weber) vgl. KATHER I S. 182f.

che Verlautbarung herausgibt, die in ihrer sachlichen Erklärung Ollenhauer persönlich apostrophiert, ob das eine gute und glückliche Lösung ist, um sachlich zu ...

Adenauer: Ollenhauer hat, nachdem er meinen Brief bekommen hat, in dem ich fragte, ob [wir] nicht im Interesse der Demokratie uns einmal aussprechen sollten, in seinem Parteivorstand einen Beschluß veranlaßt, der sich in sehr scharfer Weise gegen mich richtet, ich finde mich dadurch nicht weiter schockiert, aber ich glaube, daß es das Gespräch mit Herrn Ollenhauer nicht erschwert, sondern sehr erleichtert, wenn ich Herrn Ollenhauer sagen kann, ich kenne die Meinung des Parteivorstandes der CDU, wenn das nicht vorangegangen wäre, was Herr Ollenhauer nach Empfang meines Briefes getan hat²². Aber nachdem das nunmehr so gekommen ist, sollte der Name Ollenhauer ruhig drinstehen.

Müller: Ich schlage eine neue Formulierung, einen Mittelweg, vor, in dem nur von Opposition und vom Führer der Opposition gesprochen wird, ohne den Namen zu nennen.

Adenauer: Das ist die Usurpierung eines Titels, gegen den das Zentrum Sturm läuft, auch die Bayernpartei gehört ja gelegentlich auch zur Opposition, aber sie bestreiten, daß Herr Ollenhauer ihr Führer wäre. Lassen wir das. Die Hauptsache ist, daß sie dem Inhalt zustimmen.

Gestern haben wir uns damit beschäftigt, daß zu unserem Bedauern die Herren Lübke und Arnold verhindert waren, und es wurde da gebeten und angeregt, folgenden Beschluß zu fassen, der jetzt formuliert ist: Im Interesse der notwendigen und engen Zusammenarbeit im Bund und den Ländern ist es geboten, daß die Ministerpräsidenten ständig an den Sitzungen teilnehmen. Allgemein möchte ich sagen, daß wir das nicht veröffentlichen, wir wollen davon nur Kenntnis nehmen, sonst sieht das nicht gut aus. Wir sind uns also einig, was wir wollen, und dürfen diese Fragen also als erledigt betrachten.

Kaiser: Über die Frage der Kandidaten haben wir bisher überhaupt nicht gesprochen. Wir haben es für gut und zweckmäßig erachtet, daß uns Herr Scharnberg über das geplante Wahlgesetz unterrichtete. Die Aussprache darüber ist unterbrochen worden. Es ist also jetzt noch die Diskussion im Gange über das Gesetz.

Adenauer: Dann ist die wichtigste Frage die der Aufstellung der Kandidaten. Wie ich aus verschiedenen Wahlkreisen höre, finden jetzt schon Bemühungen statt von einzelnen Personen, daß sie als Kandidaten aufgestellt werden. Über diese Frage muß man einmal sprechen, ehe das Wahlgesetz spruchreif ist. Da sind nun besondere Ideen laut geworden. Einmal, die Wahlkreise haben ein Interesse daran, nur Männer ihres Vertrauens aufzustellen, die Länder haben ebenfalls ein gewisses Interesse, aber, meine Damen und Herren, die Partei als solche hat auch ein außerordentlich großes Interesse. Dasselbe Interesse liegt bei der Bundestagsfraktion vor, daß sie eine arbeitsfähige Fraktion wird und daß die Kandidaten nicht lediglich ausgesucht werden nach lokalen Verbindungen und lokalen Bindungen und Be-

22 Vgl. ADENAUER: Erinnerungen 2 S. 188–191.

kanntschaften. Es kommt noch bei uns hinzu, daß wir, mag das Wahlgesetz so oder so ausfallen, nicht damit rechnen können, daß wir auf der Bundesliste die Leute bekommen, weil wir wahrscheinlich in direkter Wahl mehr durchbringen werden, so daß also nicht wie bei anderen Parteien die Nominierung von Leuten, die unter allen Umständen in eine Bundestagsfraktion wegen ihrer sachlichen Kenntnis hineingehören, möglich ist.

Es ist das sehr schwere Problem. Wie kann man koordinieren das Interesse der Wahlkreise, der Länderparteien und das Gesamtinteresse. Koordinieren sage ich deshalb, weil es besser klingt. Man muß dafür sorgen, daß in der Bundestagsfraktion Kräfte vorhanden sind, die in der Lage sind, die Arbeit zu bewältigen. Das darf ich aus unseren Erfahrungen in der Bundestagsfraktion sagen, die auch einen Blick haben für die allgemein politischen und allgemeinen wirtschaftlichen Zusammenhänge. Es müssen Kräfte sein, die auch nicht lediglich Interessenten sind für die Berufsgruppen, der sie nun einmal angehören, sondern die einen weiteren Blick haben. Ich möchte vorschlagen, daß Herr Krone hierzu etwas sagt.

KANDIDATENAUFSTELLUNG

Krone: Wir sind in der Fraktion sachlich gut vertreten mit Männern und Frauen, die das Gebiet der Sozialpolitik beherrschen. Ich nenne die Namen Arndgen²³, Pelster²⁴, Sabel²⁵, Frau Dr. Probst²⁶, Johannes Albers, Frau Weber. Wir sind, wie die Dinge heute liegen, mit Sachkennern schwach vertreten, was das ganze Gebiet von Steuern, Finanzen und Finanzpolitik angeht.

Adenauer unterbricht und *Tillmanns* verliest die EntschlieÙung des Bundesvorstandes in der neuen Fassung, wie sie oben S. 261f. wiedergegeben ist.

Adenauer: Wir können alle zustimmen. Wir wollen Herrn Krone hören, damit dafür gesorgt wird, daß nicht vorzeitige Bindungen bezüglich der Kandidatenaufstellungen stattfinden.

Krone: Weniger gut ist das Gebiet des Bundesfinanzministers vertreten. Steuerjuristen haben wir leider einen einzigen, und der ist stark absorbiert durch seine

23 Josef Arndgen (1894–1966), bis 1933 im Zentralverband Christlicher Lederarbeiter (1932–1933 Vorsitzender), Mitgründer der CDU in Hessen und des DGB, 1945–1947 Ministerialdirektor im hessischen Ministerium für Arbeit und Wohlfahrt, 1946–1949 MdL, 1947–1949 Minister für Arbeit und Wohlfahrt, 1949–1965 MdB.

24 Georg Pelster (1897–1963), vor 1933 Zentrum und Mitglied von KAB und Christlichem Metallarbeiterverband Deutschlands, 1945 CDU, 1946–1948 Bürgermeister von Rheine, 1949–1961 MdB.

25 Anton Sabel (1902–1983), 1926–1933 Bezirks- und Landesjugendleiter der Christlichen Gewerkschaften in Hessen, vor 1933 Zentrum, 1949–1957 MdB (CDU, Vorsitzender des Ausschusses für Arbeit), 1957–1968 Präsident der Bundesanstalt für Arbeit.

26 Dr. Maria Probst (1902–1967), 1946–1949 MdL Bayern, Mitglied des Landesvorstands der CSU in Bayern, 1949–1967 MdB, Präsidentin der Europäischen Frauen-Union, 1958–1967 MdEP.

sonstigen Arbeiten²⁷. Hier müssen noch ein bis zwei Leute gewonnen werden für das Gebiet der Steuerpolitik. Die Dinge liegen ähnlich im Bereich des Bundeswirtschaftsministeriums. Wir haben eine Reihe von guten Sachkennern der vielen Detailgebiete, aber es fehlt uns der Mann, der so konzeptionell arbeitet, wie es Herr Etzel getan hat. Seit seinem Weggang, das muß festgestellt werden, ist das Gebiet nicht mehr so in der Hand der Fraktion, wie es notwendig wäre. Kollege Etzel hat in dieser seiner Konzeption die Anerkennung aller Stellen gehabt. Da muß auch ergänzt und nach Leuten gesucht werden, die nicht als Syndici kommen, sondern das Gebiet sachlich beherrschen und in unserem Sinne auch konstruktive Vorschläge machen.

Ich bin mir klar darüber, daß da auch noch ein paar andere Dinge sind, z.B. auf dem Gebiet der bäuerlichen Politik. Das Gebiet ist sehr heterogen, da fehlt auch die Konzeption, wie es unter Lübke gewesen ist. Wir haben doch nicht immer ein einheitliches Denken in der Frage, und das wirkt sich nicht gut aus für die gesamte Politik der Fraktion. Ich muß unterstreichen, auch die Europaarbeit absorbiert eine Reihe von Herren. Ob man darum zur Zahl von 484 Abgeordneten kommen muß, weiß ich nicht, aber es steht fest, daß eine Reihe von Herren absorbiert ist. Ich verspreche mir nichts davon, daß man von seiten der Fraktion feststellt, wer nicht, sondern mehr Wert darauf legt, wer muß dazukommen, um die Zahl von sachlichen Arbeitern zu bekommen. Das kann nur durch Sie geschehen, daß Sie mit den Herren Landesvorsitzenden Gespräche führen, daß man nicht eine Liste aufstellt von solchen, sondern daß Sie Rücksprache mit der Fraktion nehmen, die Dinge in die Hand nehmen und Wünsche aussprechen. Wenn das nicht geschieht, befürchte ich, daß wir, was geschehen muß, nicht erreichen.

Adenauer: Herrn Krone sind wir sicher sehr dankbar für seine mit großer Delikatesse ausgesprochenen Ausführungen. Aber ich meine, man muß auch einmal im Interesse der Partei über gewisse Mängel, die sich doch gezeigt haben, sprechen, und da möchte ich folgendes sagen: Einmal müssen wir mehr Frauen haben. Unsere Wähler bestehen doch im wesentlichen aus Frauen, darüber müssen wir uns klar sein. Daher sollte man auch mehr Frauen aufstellen als Kandidaten, als wir das bisher getan haben. Zweitens meine ich, müsse man sehr darauf bedacht sein, die jüngere Generation stärker heranzuziehen. Es sind schon im Laufe der ersten Bundestagsperiode so viele Leute gestorben, und das wird sich fortsetzen. Die jüngere Generation muß eingeführt werden in die aktive Politik, natürlich nicht sofort so, daß jemand sofort in den Bundestag hineinkommt. Ich möchte die Bitte an die Landesvorsitzenden richten, daß sie dafür sorgen, daß Leute zu Bundestagsabgeordneten nominiert werden, die schon in den Landtagen eine gewisse Erfahrung haben. Sonst sammeln sie die Erfahrungen im Bundestag, und dann kann das eine ziemlich teuer erkaufte Erfahrung werden. Es muß erörtert werden, ob nicht doch im Gegensatz zu bisher etwas mehr Wert darauf gelegt werden soll auf personelle Verzäh-

²⁷ Gemeint: August Neuburger (vgl. Nr. 10 Anm. 25).

nung. Wir haben von Nordrhein-Westfalen nach meiner Erinnerung nur den Herrn Gockeln, der aber viel mehr in Düsseldorf ist als in Bonn. Deshalb weiß ich nicht, ob eine solche Verzahnung durch Herrn Gockeln allein genügt. Ich würde es aber für guthalten, wenn sowohl zwischen der CSU-Fraktion des Bayerischen Landtages, mit der CDU-Fraktion des nordrhein-westfälischen Landtages und der Bundestagsfraktion eine gewisse Verbindung hergestellt wird.

Dann ist Herr Krone mit übergroßer Delikatesse darüber hinweggegangen, daß doch – ich drücke mich da sehr vorsichtig aus –, daß der Fleiß aller Bundestagsmitglieder nicht gleich groß ist und daß wir infolgedessen erleben müssen, daß ein relativ kleiner Prozentsatz der Bundestagsfraktionsmitglieder ungefähr die ganze Arbeit tragen muß. Das wirkt sich sehr schlecht aus. Es kommt noch hinzu – auch darüber müssen wir offen sprechen –, daß die sozialdemokratischen Vertreter in den Ausschusssitzungen sehr viel regsamer sind als die Vertreter der CDU und die Vertreter der Demokraten und der Deutschen Partei. Ich glaube, es müßte auch dafür gesorgt werden, daß man eine gewisse Anzahl von Leuten hat, die nicht durch häusliche Verpflichtungen oder durch Uninteressiertheit daran gehindert sind, den Sitzungen in Bonn regelmäßig beizuwohnen. Aber ich glaube, wir sollten heute nur die Landesvorsitzenden bitten, dafür zu sorgen, daß keine voreiligen Verpflichtungen eingegangen werden. Es ist eben schon angedeutet worden, daß sich einzelne Herrschaften schon sehr darum bemühen, wieder als Kandidaten nominiert zu werden. Das sind wahrscheinlich diejenigen, die das Bedürfnis haben, unter allen Umständen dafür zu sorgen, daß sie auch gewählt werden. Es sind nicht gerade diejenigen, die bei der Arbeit in vorderster Linie stehen, sondern es sind Persönlichkeiten, die die Arbeit scheuen, will ich nicht sagen, die sie aber auch nicht übermäßig lieben.

Das sind so die Gedanken, die man sich macht, wenn man die Arbeit der Bundestagsfraktion übersieht. Es wäre also auch in diesem Kreise zu sagen, daß es wünschenswert ist, daß eine Anzahl von Leuten dort hinkäme, die einen Kern der Bundestagsfraktion bilden, unseren gegenwärtigen Kern vergrößern. Es wäre vielleicht auch interessant zu hören, wie sich die Landesvorsitzenden zu dieser Frage stellen.

Lensing (Westfalen): Die Aufstellung von Kandidaten wird sicherlich große Schwierigkeiten machen. In den einzelnen Wahlkreisen tritt man jetzt immer schon mit der Forderung hervor, daß nur Angehörige dieser Wahlkreise Abgeordnete werden. Wir in Westfalen haben es verhältnismäßig leichter, weil bei uns die Landespartei das Organ für die Aufstellung der Kandidaten ist. Infolgedessen haben wir die Dinge verhältnismäßig in der Hand. Ich wäre dankbar, wenn man uns möglichst bald sagte, auf welche Persönlichkeiten man großen Wert legt und nach welcher Richtung man eine personelle oder sachliche Ergänzung wünscht. Das kann nicht früh genug geschehen. Ich habe mit meinem Landesvorstand schon vereinbart, daß er unmittelbar nach Weihnachten an die Bearbeitung der Wahlkreise herangeht, um eine vernünftige Kandidatenaufstellung zu erreichen.

Johnen (Nordrhein): Ich darf folgendes sagen: Es gibt dreierlei Arten von Abgeordneten im Bundestag wie in den Landtagen. Die einen sind die, die in der Fraktion arbeiten und darüber ihren Wahlkreis nicht vernachlässigen, das ist eine kleine Zahl. Es gibt auf der anderen Seite die zweite Kategorie, die in der Fraktion arbeitet, dabei aber zu wenig an ihren Wahlkreis denkt, und dann die größere Anzahl, die nur an ihren Wahlkreis denkt, und eine kleinere Menge, die nichts tut.

Und nun über den Gedanken der Verzahnung Landtag und Bundestag. Darüber haben wir uns bereits sehr ernste Gedanken gemacht. Der bisherige Zustand ist unbefriedigend. Die Bundestagsfraktion weiß nicht, was der Landtag tut, und umgekehrt. Immer wieder sind Bemühungen unternommen worden, irgendeine Institution zu schaffen, aber die Praxis spricht dagegen. Die Entscheidungen fallen zu schnell, so daß eine Orientierung von Bonn bis Düsseldorf praktisch nicht möglich ist. Aber eine Verzahnung, indem auch eine gewisse Quote von Landtagsabgeordneten im Bundestag ist, ist ebenso schlecht. Wir legen heute Wert darauf, daß wir Abgeordnete bekommen, die mitten im Leben und im Berufsleben stehen und stehen bleiben. Wir wollen keine Funktionärswirtschaft, wenn ich das einmal so sagen darf, in den Landtag hineinbekommen. Beim Bundestagsabgeordneten ist es doch schon ganz anders. Der Bundestagsabgeordnete ist doch praktisch nicht mehr in der Lage, einen Beruf auszuüben neben seinem Bundestagsmandat. Wenn derselbe Bundestagsabgeordnete nun auch noch Landtagsabgeordneter mit allen Verpflichtungen sein soll, dann ist das übermenschlich. Ich darf daran erinnern, aus den Erfahrungen meiner Fraktion darf ich Ihnen das sagen, daß die Herren Oberbürgermeister das beste Beispiel geben. Sobald einer Oberbürgermeister geworden ist, ist er nur noch zu einem Viertel Landtagsabgeordneter, der sich für den Finanzausgleich und einige sonstige Dinge interessiert. Etwas anderes ist es mit den Herren Landräten – ich sage das nicht zu meiner Entschuldigung –, weil das ein Zweckverband ist. Sie haben es vielmehr in der Hand, ihre Termine so zu verlegen, daß sie sich nach dem Landtag richten können, bei einer Stadt ist das gelegentlich umgekehrt. Sie sprachen von Herrn Gockeln, Sie wissen, daß ich ihn sehr schätze. Ich muß sagen, als Landtagspräsident ist er ausgezeichnet, als Landtagsabgeordneter haben wir davon genausowenig wie Sie als Bundestagsabgeordneter. Das ist keine Verzahnung. Wir müssen Leute finden, Herr Bundeskanzler, die wirtschaftlich so gestellt sind, daß sie auch mit Rücksicht auf Familie und Beruf ein Mandat im Landtag und im Bundestag annehmen können. Diese Leute sind sehr dünn gesät. Die wird man kaum finden.

Was nun die Einzelaufstellung angeht, bei uns stellen die Wahlkreise die Kandidaten grundsätzlich auf, und der Landesvorstand kann mit ihnen nur in Gesprächen zu einer Einigung kommen, obwohl wir im Rheinland wesentlich mehr landfremde Abgeordnete haben als in Westfalen, d.h. also wahlkreisfremd. (*Zwischenruf*: Das hängt mit Köln zusammen.) Bei der Aufstellung jetzt wird es viel schwieriger sein, weil die Wahlkreise politisch interessiert worden sind, es wird wesentlich schwieriger sein jetzt. Wir werden also mit den Wahlkreisen sehr früh Fühlung nehmen müssen,

und persönlich habe ich bereits als Vorsitzender damit begonnen, Gespräche zu führen, damit wir orientiert werden, was der Wahlkreis will. Das Interessanteste an dem, was Herr Scharnberg vorgetragen hat, ist, daß an eine Änderung der Wahlkreise nicht gedacht ist. Wenn wir das wissen, daß die alte Wahlkreiseinteilung bleibt, kann man mit der Arbeit weiter vorstoßen, sonst haben alle Besprechungen keinen Wert, wenn die Wahlkreise geändert werden. Wenn die Wahlkreiseinteilung bleibt, können wir weiterarbeiten. Darum müssen wir, rein sachlich gesehen, in unmittelbarer Wahl einen Kandidaten aufstellen, der gewählt wird. Das muß also ein Mann oder eine Frau sein, die der Struktur des Wahlkreises entspricht. Auf der anderen Seite müssen wir als oberstes Ziel haben, Leute aufzustellen, mit denen die Fraktion arbeiten kann. Nur ein kleiner Prozentsatz arbeitet da auch in den Landtagsfraktionen. Auf der Tagung der Landesvorsitzenden der britischen Zone ist darüber ein Klagelied gesungen worden. Es gibt eine ganze Reihe von Abgeordneten, die in der Fraktion nicht reden, die aber einen gesunden politischen Sinn haben und das, was sie dort mitbekommen, in ihre Wahlkreise hineinragen. Diese Leute sollte man nicht unterschätzen. Ich hätte lieber, daß gerade dieser Kreis der Abgeordneten stärker wird, dann würde man viel mehr Zeit gewinnen. Wir müssen aber wissen, und das ist das, was Herr Lensing schon sagte, auf welche Leute, Frauen und Männer, legt die Bundestagsfraktion Wert. Das wird wahrscheinlich nur eine Differenz von einigen sein, die meisten ahnen wir ja schon. Ich habe gar keine Furcht davor, daß diese Leute untergebracht werden, sie bringen sich selbst unter durch ihre Arbeit. Schwieriger ist es natürlich bei denjenigen, die wünschen, aufgestellt zu werden, die jetzt schon in ihren Wahlkreisen daran arbeiten. Es macht sich in diesem Zusammenhange im Augenblick bereits eine gewaltige Welle von Versammlungen bemerkbar, durch irgendwelche Dinge angeregt. Das deutet bereits darauf hin, was gewollt wird, daher der Kampf in den Wahlkreisen. Man muß einen Begriff geben können dafür, wenn einer im Wahlkreis beliebter ist, und dann ganz klar wissen, warum wir den Herrn Schulz oder Lehmann nicht mehr aufstellen können. Denn die Prügelknaben, das sind die Landesvorsitzenden dann. Wir müssen daher alle an einem Strick ziehen, die Fraktionen mit dem Bundesvorstand. Wir müssen sagen, wir wollen den Mann und den gerade nicht. Dann muß das eine Linie sein. Es werden Spezialfälle vorkommen, davon bin ich überzeugt. Und wir werden dann bei manchem anecken, aber den Mut muß man haben und den müssen wir alle haben.

Fay: In Hessen ist die Situation etwas einfacher, weil wir wahrscheinlich nur drei Wahlkreise haben, in denen ein Abgeordneter in direkter Wahl durchgehen wird. Schwieriger ist die Frage auf dem Gebiete der Landesergänzungsliste. Sie wissen, daß wir aus eigener Kraft nicht leben können, daß wir Geldgeber haben müssen. Ganz einfach ausgedrückt. Die Partei lebt eigentlich vom Betteln und soll nachher innerhalb von vier Jahren über Hunderte von Milliarden entscheiden. Nun melden sich einige Geldgeber mit personellen, speziellen Wünschen. Vor einigen Tagen ist man zu mir gekommen und wollte mir für DM 50.000,- einen Abgeordneten abkau-

fen, ein anderer glaubte, das mit DM 20.000,- tun zu können. Ich habe ihnen erklärt, sie könnten das Hundertfache bieten. Ich wollte nur darauf hinweisen, es ist wahnsinnig schwer, auch sehr ernste Wirtschaftler davon abzubringen, daß ihre personellen Interessen die richtigen seien. Schließlich müssen wir nach übergeordneten Gesichtspunkten unsere Abgeordneten wählen. Es bedarf des Taktes und des Feingefühls, um dazu zu kommen.

Krone: Ich schlage vor, daß man sich heute dahin verständigt, daß mit Ihnen, Herr Bundeskanzler, über die Kandidaten gesprochen werden muß und daß die Landesvorsitzenden und Sie sich beraten lassen durch die Fraktionsvorsitzenden.

Adenauer: Es ist vor allem nötig, daß auch den einzelnen Wahlkreisen gesagt wird, ihr dürft keine Verpflichtungen bis auf weiteres eingehen. Zunächst mal muß aufgeschoben werden und die für heute angeschnittenen Fragen weiterberaten werden. Ich schlage vor, daß wir in der zweiten Hälfte Januar wieder zusammenkommen. Es muß auch dafür gesorgt werden, daß kein Wahlkreis sich für befugt erachtet, definitiv Leute aufzustellen, ohne daß eine gewisse Prüfung stattgefunden hat durch die Landesverbände und auch durch die Bundespartei.

Tillmanns: Nach den vorliegenden Nachrichten sieht es so aus, daß schon eine ganze Reihe von Wahlkreisen sehr intensiv Gespräche geführt haben.

Wenn wir hier beschließen, daß keine vollendeten Tatsachen geschaffen werden sollen, und es doch geschieht, was ich befürchte, zumal die Satzungen keine Gewähr dafür geben, daß die Aufstellung der Kandidaten eine sinnvolle ist [!]. Die Frage der attraktivsten Kandidaten ist für die CDU eine Frage von Leben und Tod. Wirksame Abgeordnete schaffen uns mindestens 20 Abgeordnete mehr. Ich möchte vorschlagen, ob es nicht möglich ist, daß Sie, Herr Bundeskanzler, als der 1. Vorsitzende sofort ein Schreiben an sämtliche Kreisverbände der Partei über die Landesvorstände schicken, in dem die wichtigsten Gesichtspunkte dargelegt werden als eine Art Ratschlag und eine Art Bitte des Bundeskanzlers. Wenn in dieser Form, in der Form einer Bitte des Bundeskanzlers, an die einzelnen Kreise herangetreten wird, hat das vielleicht doch schon eine gute Einwirkung. Davon wird man dann ausgehen können, daß dann mindestens erreicht wird, bevor in den Landesvorständen und zwischen Ihnen und dem Bundesvorstand eine Besprechung stattgefunden hat, [daß] keine definitiven Abreden getroffen werden können. Wenn das erreicht wird, können wir mit Ruhe ein paar Wochen ins Land gehen lassen.

Adenauer: Ich finde Ihren Gedanken gut, Herr Tillmanns. Dieses Schreiben müßte aber sehr geschickt abgefaßt werden, da müssen sich die drei Herren wieder einmal versuchen.

Kather: Die Schwierigkeiten, die hier von den Landesvorsitzenden vorgebracht worden sind, sind natürlich gehäuft bei der Aufstellung von Flüchtlingskandidaten. Es ist ohne weiteres anzuerkennen, daß besondere Schwierigkeiten bestehen, wenn man auf die einzelnen Wahlkreise im wesentlichen angewiesen ist, auf der anderen Seite ist anzunehmen, daß es nirgends ein großes Reservoir von Wählern gibt. Herr Minister Dr. Lehr hat schon Andeutungen in dieser Richtung gemacht. Nun gibt es

sicherlich, glaube ich, Vorstände, bei denen der Gedanke Platz greift, was hat es für einen Zweck, Flüchtlinge aufzustellen, die gehen ja doch zum BHE. Darüber muß man sich einmal klarwerden, ob man das anerkennen will oder nicht. Ich möchte darauf hinweisen, daß der BHE bei den letzten Wahlen keinen echten Stimmengewinn hatte, und weiter bitte ich zu berücksichtigen – ich darf darauf hinweisen –, daß andererseits nach der EVG-Debatte meine Stellungnahme bei den Vertriebenen eine fast eindeutige Zustimmung gefunden hat und daß der BHE abgelehnt worden ist. Es kommt hinzu, daß sie keine richtigen Führungskräfte haben. Die Aussichten für uns sind nicht schlecht und würden nicht schlecht sein. In Hessen hat die SPD unserem Vorsitzenden den zweiten Platz und der BHE den ersten Platz auf der Landesliste eingeräumt. In Nordrhein-Westfalen weiß ich genau, daß Herr Middelhaue²⁸ sich sehr für unsere Leute einsetzt, er hat unserem 1. Vorsitzenden schon Angebote gemacht. Auch da kommt es hauptsächlich auf die Persönlichkeiten an, die herausgestellt werden. Ich habe also die dringende Bitte, daß man auf der Regierungsebene nachholt, was versäumt worden ist, und daß unsere Landesvorsitzenden dieser Frage möglichst bald eine sehr große Aufmerksamkeit schenken.

Adenauer: Die Ausführungen sind sehr beachtenswert, die Herr Kather gemacht hat.

Wuermeling: Ein kurzes Wort zur Verzahnung der Länder und des Bundes. Durch die Anwesenheit der geschäftsführenden Vorstandsmitglieder in den Landesvorständen werden wir unterrichtet. Das ist eine sehr helfende Sache, die aber noch weiter ausgebaut werden müßte. Vielleicht ein übriges Wort bezüglich der Fraktionen. Könnte man es so halten, daß für die einzelnen Sachgebiete von jeder Landtagsfraktion jemand bestellt wird, der dann Fühlung hält mit dem federführenden Mann der Bundestagsfraktion auf den einzelnen Sachgebieten, daß sie sich ab und zu mal treffen, sich laufend unterrichten usw. Dann hätten wir einen doppelten Weg, der praktisch gangbar ist. Ich möchte davon abraten, daß man den Weg der Doppelmandate geht, die auch draußen äußerst unbeliebt sind. Auf dem Gebiete des Beamtenrechts fehlt uns die notwendige Zahl von durchschlagskräftigen Mitarbeitern. Z.Z. liegt die ganze Arbeit auf den Schultern von Herrn Kleindinst und mir. Ich hatte die Absicht, diese Arbeit abzugeben, es hat sich aber herausgestellt, daß das nicht geht. Kleindinst ist der beste Fachmann, Sie können ihn aber schwer in den Beamtenversammlungen einsetzen. Ich bitte dringend, dafür Sorge zu tragen, daß ein kämpferisch veranlagter Vertreter der Beamtenbelange hereinkommt, unter

28 Dr. Friedrich Middelhaue (1896–1966), bis 1933 stv. Vorsitzender des DDP/DStP in Düsseldorf und Vorsitzender des Rhein-Wupper-Kreises, 1946–1958 MdL Nordrhein-Westfalen (bis 1954 Vorsitzender der FDP-Fraktion), Vorsitzender des FDP-Landesverbands, 1949–1950 und 1953–1954 MdB, 1952–1956 stv. Bundesvorsitzender der FDP, 1954–1956 Wirtschafts- und Verkehrsminister und stv. Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen.

Umständen das Gründungsmitglied in Köln, der Vorsitzende Herr Schäfer²⁹. Der würde auch als Vorsitzender des Beamtenbundes wesentlich helfen und uns neue Stimmen zuführen. Er ist zwar nicht übermäßig geschickt, das würde man auch etwas abändern können.

Ehlers: Ich fürchte, daß alle Besprechungen wie diese nur einen sehr bescheidenen Erfolg haben werden. Diese Erwägungen haben wir oft genug angestellt. Ich bin der Meinung, daß der Bundeskanzler davor warnen sollte, die Dinge jetzt schon anzupacken. Im übrigen kommt sicher die Bundestagsfraktion nicht darum herum, 1. festzustellen, wer sich wieder aufstellen lassen will, 2. aufzustellen, wen sie unbedingt braucht, das ist positiver, und 3. in den Landesverbänden [!].

Weiterhin wird man die Wahlkreise schwer ausschalten können, und die Schwierigkeit liegt darin, daß wir eine völlig verschiedene Situation haben, je nachdem, ob das Gewicht auf dem Wahlkreis oder der Landesergänzungsliste liegt. Sehr dringend muß berücksichtigt werden, was Herr Kather gesagt [hat], und auch der Gesichtspunkt der konfessionellen Mischung muß beachtet werden. Uns ist nicht damit gedient, daß in irgendwelchem überwiegend evangelischen Wahlkreis evangelische Kandidaten aufgestellt werden, von denen man weiß, daß sie SPD-Kandidaten sind. Die Situation ist politisch verschieden, und ich würde bitten, daß man in allen Landesverbänden sich der Mühe unterziehen sollte, attraktive evangelische Persönlichkeiten zu sichern, die bereit sind, sich aufstellen zu lassen, auf jeden Fall ist aber in den Wahlkreisen Zurückhaltung zu üben.

Scharnberg: Zur Frage der Verzahnung einige Worte. Wir müssen mit einer knappen Mehrheit rechnen, und wir brauchen dringend die Stimmen. Zur Aufstellung der Kandidaten möchte ich auf die Satzungen hinweisen, in denen es heißt: „Erhebt der Landesvorstand oder der Bundesvorstand Einspruch gegen die Aufstellung des Kandidaten, so ist die auf einen solchen Einspruch wiederholte Abstimmung endgültig.“ Es kann hier also Einspruch eingelegt werden mit der Wirkung, daß man noch einmal wählen lassen muß. Ich befürchte eine große beträchtliche indirekte Auswirkung dieser Bestimmung, das scheint mir eine wirkungsvolle Möglichkeit zu sein. Man hat auch mal die Möglichkeit, durch den 1. Vorsitzenden der Partei einen Abgeordneten, der häufig gefehlt hat, zu sich kommen zu lassen und entsprechende Vorwürfe zu machen.

Adenauer: Darf ich mal eine kleine Zusammenfassung machen und beginnen mit dem, was Herr Scharnberg zum Schluß gesagt hat. Das ist Sache der Fraktionsvorstände, es sei denn, daß der Vorstand der Fraktion ausdrücklich darum ersucht. Sie haben in erster Linie das Recht und die Verpflichtung, dafür zu sorgen, daß die Mitglieder zur Stelle sind. Herr Scharnberg, was Sie da vorgetragen haben über den Wahlgesetzentwurf, das erreicht man nach meiner Meinung gar nicht. Man kann auf dem ganzen Gebiet nur weiterkommen, wenn man die Einwirkungen auf die Ent-

²⁹ Hans Schäfer (1900–1978), Mitgründer der CDU in Köln, 1949–1955 Vorsitzender des Deutschen Beamtenbundes.

schließungen der Wahlkreise nur bis zu einem gewissen Grade ausübt und sie möglichst wenig fühlbar werden läßt. Wenn z.B. der Bundesvorstand das durch eine neue Abstimmung machen will, dann ist die Sache doch schon erledigt. Es bleibt darum, meine Damen und Herren, bei folgendem, wie mir scheint: 1. Darin stimmen alle Redner überein, daß dafür gesorgt wird, daß keine voreiligen Entschlüsse gefaßt werden, 2. daß die Bundestagsfraktion doch mal ein Exposé macht, in dem sie darauf hinweist, welche Sparten absolut besetzt werden müssen, und ich würde vorschlagen, daß vielleicht der Fraktionsvorstand und das Präsidium der Fraktion mit einer Anzahl Mitglieder Rücksprache nimmt, die bisher nicht allzu fleißig waren, und 3. endlich dieser Brief, der gewünscht wird und über den wir uns einig sind; und weiter wurde auch mit Recht gewünscht, daß der Fraktionsvorstand, der ja doch die Bedürfnisse der Fraktion, wie sie jetzt sind, am besten überschaut, nun ein Exposé wirklich überzeugend macht, das man den Landesvorsitzenden und den Kreisen zuschicken kann, um zu appellieren an das größere Ziel, das wir haben.

Es kann sich doch niemand der Argumentation entziehen, daß es auf den und den Gebieten an Kräften fehlt. Dann glaube ich, wäre es wohl nötig, daß die Landesvorsitzenden und die Kreisvorsitzenden sich zusammensetzen und mit aller Ruhe überlegen, wie man den Bedürfnissen der Gesamtheit entgegenkommt. Dann möchte ich noch eine Anregung geben. Es gelüstet doch viele Leute, ein Mandat zu übernehmen, die es sonst nicht tun würden. Ich halte es für ganz verfehlt, wie der Betrieb augenblicklich im Bundestag läuft. Die Ferien sind viel zu knapp, die Unterbrechung der Sitzungsperiode, wie sie früher war, kennt man nicht mehr. Im Reichstag und im Preußischen Landtag hat monatelang eine Unterbrechung der Sitzungen stattgefunden, wo die Leute sich wieder ihrem Beruf in etwa widmen konnten. Auch sonst war die ganze Sache doch vielmehr so, daß Leute, die im Beruf waren, ein solches Mandat übernehmen und ausüben konnten. Warum ist das heute anders? Das liegt an zwei Ursachen. Tatsächlich wird an den Bundestagsabgeordneten eine ganz andere Anforderung gestellt als früher an Reichs- und Landtagsabgeordnete. Der Umfang der Arbeiten ist in äußerstem Maße übertrieben, und ich bin im Kabinett immer wieder dafür eingetreten, man solle endlich mit der öden Gesetzesmacherei aufhören. Man kann sich auch mit den nicht dringenden Sachen etwas Zeit lassen. Das müßte anfangen bei der Bundesregierung, aber sich auch fortsetzen im Parlament.

Krone: Das Arbeitspensum ist nicht zu verkleinern.

Adenauer: Aber in den vier Jahren ist doch ein Großteil der Rückstände gearbeitet worden. Noch ein Weiteres kommt dazu. Früher hat doch der Reichstag und auch der Preußische Landtag von etwa Mitte Juli bis November geruht. Das sind vier Monate, und das würde auch den Nerven der Abgeordneten wirklich zugute kommen bei der ganzen Arbeit, denn alle Leute sind überanstrengt, kolossal überanstrengt. Dann würde man vielleicht auch mehr Leute bekommen, die bereit sind, ein solches Mandat zu übernehmen, wenn sie es gewissenhaft machen können.

Noch einmal möchte ich zusammenfassen: 1. Dieser Brief, 2. die Landesvorsit-

zenden, daß in den Wahlkreisen keine voreiligen Beschlüsse gefaßt werden, und 3. die Anregung, daß die Wahlkreise sich vorher mal mit dem Landesparteiengremium besprechen, ehe es eine Entscheidung trifft. Daß wir nicht zu einem vollendeten Ergebnis kommen werden, ist vollkommen klar. Wir müssen sehen, das denkbar Beste zu erreichen.

Krone: Praktisch werden die meisten wiederkommen, die jetzt da sind. Das ist das Gesetz der Trägheit. Ein Beispiel aus dem süddeutschen Raum zeigt das zur Evidenz. Ich bin der Meinung, daß wir primär neben dem Brief daran denken müssen, wie muß die Fraktion ergänzt werden, und müssen uns dabei über die Namen klarwerden, und dann muß versucht werden, daß sie untergebracht werden, und das ist das allerwichtigste. Sonst verlieren wir auch diese Chance. Wer muß hinein? Und wo müssen sie plaziert werden?

Heck: Es muß in möglichst großem Umfange darauf eingewirkt werden, daß die Wahlergebnisse gut um 5 bis 10 % zu verbessern sind, wenn es gelingt, gute Kandidaten zu gewinnen.

Adenauer: Wenn bekannte Männer und Frauen aufgestellt werden, meine ich, daß das auch rückwirkt auf die ganzen Wähler.

Heck: Wir haben in zwei Wahlkreisen festgestellt, daß wir durch die Aufstellung eines Kandidaten einmal 1.500 Stimmen gewannen und in einem anderen verloren.

Lensing: In ländlichen Wahlkreisen wird der bekannte Mann gewählt, in städtischen Wahlkreisen würde das vielleicht anders sein.

Tillmanns: Wir müssen uns darüber klar sein, daß die CDU ihr festes Wählerreservoir hat wie die SPD, aber daneben gibt es große Massen von Wählern, die sozusagen am Rande stehen oder die noch nicht festgelegt sind oder die schwankenden. Es kommt für uns in erster Linie darauf an, durch gute Kandidaten auf den Listen, nicht in den Wahlkreisen, zu wirken. Wenn es uns gelingt, da Persönlichkeiten aufzustellen, die einen großen und weitbekannten Namen haben, dann können wir das Wahlergebnis quantitativ entscheiden.

Kaiser: Ich möchte wünschen, daß es dem Bundeskanzler gelingt, in seinem Schreiben, das wichtig und dringlich ist, alle diese Gesichtspunkte auf eine Formel zu bringen. Der kommende Wahlkampf wird nach großen Gesichtspunkten geführt werden, um große Fragen der Außen- und Innenpolitik, wahrscheinlich auch noch durch das, was durch die Verträge aufgeworfen wird. Ich möchte darauf hinweisen, mit wem wir es als Gegner zu tun haben, unser Gegenspieler, unser Gegenüber, ist die große geschlossene und die formulierte [!] SPD, mit der müssen wir uns auseinandersetzen. Es ist auch wichtig für die Kandidatenaufstellung, daß die Persönlichkeiten, die unsere Wahlkreise führen, das erfahren und begreifen und sich mit dem Gegner auseinandersetzen wissen. Auch das muß beachtet werden bei der Kandidatenaufstellung. Ich habe eine große Sorge um den Bestand der Arbeiterschaft. Ich bin überzeugt, daß sich die Sozialdemokratie vielleicht mit den Strömungen in der Gewerkschaft, die noch nicht ausgetragen sind, sich auf die Arbeiterschaft stürzen wird. Es wäre gut gewesen, wenn wir Zeit gefunden hätten, über das Ergebnis der

letzten Kommunalwahlen noch näher zu sprechen. Also diese Dinge spielen eine Rolle. Wir können die Dinge kaum weiter klären, ich möchte nur wünschen, daß es dem Bundeskanzler gelingt, in seinem Rundschreiben, das ist wichtig und dringlich, an die Landesvorsitzenden und die Kreisvorsitzenden das weiterzugeben. Ich hoffe, daß das Schreiben gut gelingt, und ich würde es dann für guthalten, daß wir in absehbarer Zeit vor einem größeren Kreis der Bundesorganisation diese Angelegenheiten zum Vortrag bringen, was die Aufgabe des Kanzlers, des Vorsitzenden, wäre.

Adenauer: Ich meine das ebenso. Das Exposé der Fraktion müssen wir gleich mit meinem Brief an die Landesvorsitzenden herausgehen lassen.³⁰ Ich würde doch Wert darauf legen, daß die Fraktion dieses Exposé macht. Ich bleibe dabei, die Fraktion hat doch eine besondere Verantwortung und hat besondere Wünsche und Notwendigkeiten, die sie am besten beurteilen kann.

Tillmanns: Ich möchte meinen, die Fraktion kann uns doch einen besseren Rat geben, wenn sie weiß, daß es eine vertrauliche Information für den Vorstand ist. Die Information müßte vertraulich sein.

Adenauer: Wir können damit dieses Thema verlassen.

VERSCHIEDENES

Kaiser: Hierunter haben wir eine ganze Menge zu behandeln.

1. Bildung eines gemischten Sonderausschusses.

Es soll ein gemischter Ausschuß aus Angehörigen des Wirtschafts- und Sozialpolitischen Ausschusses gebildet werden.³¹

Adenauer: In der Landwirtschaft sind fast keine Arbeitskräfte mehr zu bekommen. Daher habe ich den Eindruck, als wenn bei dieser Frage auch die führenden Wirtschaftler beteiligt sein müssen.

(Die Liste soll überprüft und bei der nächsten Vorstandssitzung vorgelegt werden.)

2. Ausschuß für politisch, rassistisch und religiös Verfolgte.

Tillmanns: Es gibt in Berlin eine kleine Gruppe sehr interessierter CDU-Leute. Um des Scheines willen sollten wir es vermeiden, so zu tun, als gehe uns die Frage nichts an. Ich halte an sich dieses Verlangen für politisch gerechtfertigt. Der Vorstand sollte einen kleinen Arbeitskreis zu seiner Beratung bilden.

Kaiser: Dann ist es wohl richtig, daß Herr Tillmanns einen solchen Kreis vorschlägt.³²

³⁰ Nicht zu ermitteln.

³¹ Der Ausschuß für Eigentumbildung trat am 20. Februar 1953 zusammen (vgl. Nr. 19 Anm. 58).

³² Protokolle eines Ausschusses oder Arbeitskreises nicht zu ermitteln.

3. Entschließung des Kulturausschusses³³.

Wuermeling: Die Dinge auf dem Sektor der Lehrerschaft sind so katastrophal, und es hat sich auch vorbildungsmäßig einiges geändert, so daß man hier zu der Sondermaßnahme „Streichung der zwei untersten Stufen“ Ja sagen kann³⁴.

Gröwel: Das ist doch außerordentlich wichtig für die Propaganda.

Tillmanns: Ich beantrage, uns die Entschließung des Kulturausschusses zu eigen zu machen. Es ist und kann nur gut sein, wenn der Vorstand der CDU einmal zu dieser wirklich brennenden Frage eine Forderung aufstellt, auch wenn sie nicht in allen Einzelheiten erfüllt wird.

Heck: Ich weiß aus meiner Tätigkeit bei der Kultusministerkonferenz, daß der Gewerkschaftsbund und die sozialdemokratischen Kultusminister sehr eng zusammenarbeiten, gerade in dieser Frage. Die Volksschullehrerschaft ist auf dem besten Wege, rot zu werden, und wir leisten ihr dabei ja Hilfestellung, weil von unserer Seite nichts gemacht worden ist. Ich bin dafür, daß wir nicht nur dem Entschluß beitreten, sondern daß auch die Angehörigen der Fraktion dafür eintreten, daß diesem Entschluß auch Rechnung getragen wird. Sonst kommen wir in die Situation, daß wir die gesamte Volksschullehrerschaft gegen uns haben.

Kaiser: Ich stelle das allseitige Einverständnis dahin fest, daß man diesen Beschluß von seiten des Vorstandes gutheißt und ihn zur Anerkennung der allen in Betracht kommenden Stellen zu bringen versucht.

Wuermeling: ... daß der Vorstand sich auch mit der Frage der Besoldung der Lehrer und Junglehrer beschäftigt hat?

Tillmanns: Das muß endlich einmal aufhören, die Neidhammelei in dieser Bundesrepublik.

Gröwel: Ich halte die Formulierung Dr. Wuermelings für nicht ganz richtig. Warum sollen wir uns nicht zu diesem Beschluß bekennen, ich glaube, daß wir gerade bei der Vorbereitung zum Hamburger Parteitag der Beamtenpolitik einen besseren Dienst tun, wenn wir diesen Beschluß fassen.

33 Am 20./21. September 1952 hatte der Kulturpolitische Ausschuß der CDU folgende Entschließung gefaßt, die der Bundesvorstand der CDU übernahm (Anlage zum Beschlußprotokoll):

„Der Kulturpolitische Ausschuß bedauert, daß durch Kabinettsbeschluß die unerläßliche Reform der Lehrergehälter erneut verschoben worden ist. Der Ausschuß fühlt sich verpflichtet, noch einmal in ernster Sorge auf den bedrohlichen Lehrerschwund, den Mangel an geeignetem Nachwuchs und das Nachlassen der Arbeitsfreudigkeit in den Kreisen der Lehrerschaft als Folge untragbarer Beschränkung der Arbeitsmöglichkeiten durch völlig unzureichende Besoldung hinzuweisen. Die CDU kann nach Überzeugung des Ausschusses die Verantwortung für diese rückständige Besoldung eines für unser Volksleben besonders wichtigen Berufsstandes nicht übernehmen. Der Parteivorstand wird ersucht, bei der Bundesregierung mit allem Nachdruck vorstellig zu werden, daß sie ihren Beschluß revidiert.“

34 Die Ständige Konferenz der Kultusminister der Länder hatte am 12. Dezember 1952 u. a. beschlossen, die Junglehrer sofort in die dritte Besoldungsstufe als Anfangsgehalt einzusetzen (UiD vom 17. Dezember 1952).

Tillmanns: Wir können doch nicht bei jedem Beschluß nun die ganze Liste aller im Volk vorhandenen Notstände aufführen. Daraus kann uns kein Vorwurf gemacht werden, daß wir mal für die Junglehrer etwas tun.

Heck: Ich warne davor, einen solch deklamatorisch gefaßten Beschluß zu fassen. Das macht gar keinen Eindruck mehr auf die Lehrer und Lehrerinnen. Zweitens ist es nicht richtig zu sagen, die Lehrer seien auch Beamte wie die übrigen.

Kaiser: Wir haben nun genug darüber gesprochen.

(Durch Handerhebung wird der Beschluß gefaßt, bei Stimmenthaltung von Dr. Wuermeling.)

4. Herausgabe eines „Betriebsräte-Briefes“.

Kaiser: Die Besprechung des Wahlgesetzes können wir jetzt übergehen. Es steht jetzt zur Aussprache die Herausgabe eines „Betriebsräte-Briefes“.

Heck: Die Vorarbeiten sind so weit gediehen, daß der „Betriebsräte-Brief“ herausgegeben werden kann³⁵. Es fragt sich nur, wer diesen Brief herausgeben soll. Die Sozialausschüsse haben die Auffassung vertreten, daß ein solcher Brief von ihnen herausgegeben werden solle. Wir von der Bundesgeschäftsstelle sind der Auffassung, daß die Partei als solche, da sie alle Stände anspricht, unter dem Namen der Partei auch die Arbeiterschaft ansprechen soll. Die Schwierigkeiten scheinen darin zu liegen, daß bei den Sozialausschüssen die Anschauung vertreten wird, daß die Auffassung der Partei der der Sozialausschüsse widerspreche. Ich habe deshalb den Vorschlag gemacht, daß in einem Falle, wo sich Bundesgeschäftsstelle und Sozialausschüsse nicht einigen können, geschwiegen werden soll. Es wäre m.E. dringend notwendig, wenn die Angelegenheit auf die Wahlen hin noch zur Wirkung kommen soll.

Kaiser: Die Sache ist eine Notwendigkeit und sollte auch durchgeführt werden. Wir haben nur in Königswinter keine Gelegenheit genommen, vor dem Vorstand der Sozialausschüsse die Sache zu verhandeln, dann würden wir zu einer Übereinstimmung kommen. Hier spielt auch die Finanzfrage eine Rolle. Was unseren Wunsch angeht, es allein zu machen, hängt auch damit zusammen, daß wir weitere Kreise ansprechen über die Reihen der Partei hinaus, z.B. gibt es im katholischen Bereich die Zentrumsleute, die wir immer mit anzusprechen wissen, und es gibt auch noch andere Kreise. Ein Weiteres ist die Erfahrung, die wir beobachtet haben, die die Sozialdemokratische Partei mit ihren Betriebsratsbriefen gemacht hat. Die Leute in den Betrieben wollen nicht von Partei wegen angesprochen werden. Dürfen wir uns dahin verabschieden, daß Sie bei der nächsten Vorstandssitzung herüberkommen, Herr Dr. Heck?

³⁵ Bereits seit Oktober 1952 gab die CDA des Rheinlandes ihren „Betriebsräte-Brief“ heraus; im März 1953 folgte die CDA mit einem bundesweit verbreiteten „Betriebsräte-Brief“ (Hrsg. Hans Katzer und Fritz O. Benz).

Tillmanns: Ich bitte doch, keine Verzögerung eintreten zu lassen. Die SPD hat ihre Propaganda und ihre politische praktische Arbeit ganz entschieden durch die Betriebe gemacht. Die SPD ist etwas heller. Wir verlieren unsere Arbeitsmöglichkeiten und die Einwirkung auf die Arbeiterschaft, wenn wir nicht ganz anders in die Betriebe hineingehen.

Ich wäre sehr dankbar, wenn ein Weg gefunden werden könnte, indem wir, die Partei, das zusammen mit den Sozialausschüssen in die Hand nehmen.

Kaiser: Ich möchte nur wünschen, daß die Partei der Arbeit der Sozialausschüsse die nötige Förderung zuteil werden läßt. Wir haben bisher noch keinen roten Heller bekommen und alles aus eigenem geschafft. Wir können keine Förderung von Arbeitgeberseite brauchen, und die gewerkschaftlichen Fragen sind nach wie vor ungelöste Fragen, und wenn eine Entscheidung herbeigeführt werden muß, können wir nicht vorher gestärkt werden durch Mittel, die von interessierten Kreisen zur Verfügung gestellt werden. Das dürfen wir nicht tun. Das haben wir aus der Geschichte der Gewerkschaften und der Arbeiterbewegung genügend kennengelernt.

Albers: Die Arbeit muß auf das ganze Bundesgebiet ausgedehnt werden. Ab März müssen 20.000 Betriebe erfaßt werden.

NEUWAHL DES VORSTANDES³⁶

Tillmanns: Eine solche Wahl muß entsprechend vorbereitet werden, das ist in diesem Jahr offenbar nicht mehr möglich. Der Vorstand kann überhaupt nichts dazu beschließen, denn strenggenommen hat er kein Mandat mehr. Nach Beginn des neuen Jahres muß so schnell wie möglich der Parteiausschuß zusammentreten.

Kaiser: Es ist dringend eine Satzungsänderung notwendig, die aber nur der Parteitag vornehmen kann. Inzwischen machen wir aus eigener Machtvollkommenheit weiter.

Samsche: Vor einigen Tagen habe ich ein Schreiben an Herrn Dr. Heck gesandt. Die Pressesituation im Nordwesten ist allen Herren bekannt. Wir haben vor einiger Zeit die erste Auflage des „Hanseat“ herausgebracht, die wir an sämtliche Haushaltungen im Stadt- und Landgebiet verteilten.³⁷ Allen Warnungen der Experten zum Trotz ist die 4. und 5. Nummer erschienen. Ab der 4. Nummer wurde die Auflage auf 600.000 erhöht. Die Zeitung ist von Nicht-Fachleuten gemacht. Die Schwierigkeit liegt darin, daß wir einen richtigen Hauptschriftleiter noch nicht gefunden haben. Die Pannen, die laufend passieren, liegen tatsächlich daran, daß wir mit nicht qualifizierten Menschen die Dinge machen müssen aus Mangel an Mitteln. 2,9 Millionen Nummern sind bisher erschienen. Diese Zahl beweist die politische Wichtig-

³⁶ In den Statuten war für die Wahl des Vorstands zwar keine Regelung vorgesehen; dennoch hätte der im Oktober 1950 in Goslar gewählte Vorstand bereits neu gewählt werden müssen.

³⁷ Vgl. Nr. 13 Anm. 44.

keit dieser Angelegenheit. Nach der 2. Nummer hat eine Sitzung der Hamburger Bürgerschaft stattgefunden, das beweist, wie groß die politische Realität gewesen ist. Das Parlament wurde gebeten, DM 50.000,- zu bewilligen aus Steuermitteln, um einen „Anti-Hanseat“ erstehen zu lassen. Er ist bisher nicht erschienen, weil die Vorwürfe, die wir erhoben hatten, nicht widerlegt werden können. Dieses Blatt soll ein gedruckter Volksredner sein, geschrieben für die Masse des Volkes. Die Arbeit und die Herausgabe ist praktisch ohne Geld gemacht worden. Wir haben eine GmbH gegründet, die ein nicht eingezahltes Kapital von DM 20.000,- hat. Man kann jetzt sagen, daß die Anzeigen die Sache tragen. Die 6. Nummer für Januar ist als gesichert anzunehmen. Unser Ziel ist, kurz vor den Wahlen die Erscheinungsfolge noch zu verdichten, so daß wir etwa 14tägig erscheinen können. Wir glauben empfehlen zu sollen, daß dieses Projekt ausgeweitet wird über das Hamburger Staatsgebiet hinaus. Die Erfahrungen, die wir unter der Arbeiterschaft und der Bevölkerung gemacht haben, beweisen, daß wir die breite Masse erfaßt haben.

Nun erheben sich folgende Probleme: Auf die Dauer sind die Kosten aus Hamburg nicht allein herauszuholen. Wir haben bis jetzt etwa DM 180.000,- verpulvert. Es fehlen uns aber, um die Sache zu konsolidieren, die großen Markenindustrien der Bundesrepublik, auf die wir nicht verzichten können. Für diese Leute ist die Auflageziffer nicht entscheidend, obwohl wir – auch ein Kuriosum – mit einer Auflage von 600.000 Stück zur drittgrößten Zeitung geworden sind. Für die Markenindustrie ist auch das Streugebiet entscheidend. Wir müssen also, um dieses Projekt bis zu den Wahlen durchzuhalten, mit einiger Sicherheit erreichen, daß die Markenindustrie mittut, und deshalb müssen wir unsere Geschichte ausdehnen. Die Situation in den anderen Ländern Nord-West-Deutschlands ist ebenso wie in Hamburg. In Schleswig-Holstein erscheinen keine Zeitungen und in Bremen und Niedersachsen auch nicht. Wir haben deshalb Verbindung aufgenommen mit den angrenzenden Landesverbänden. In Schleswig-Holstein hat eine Pressekonferenz stattgefunden, wo gebeten worden ist, das Projekt zu fördern. Eine Sitzung in Kiel des Landesvorstandes von Schleswig-Holstein ist einstimmig zu dem Beschluß gekommen, sie wollen zwar die Zeitung haben, aber sie wollen mit der Sache selbst nichts zu tun haben. Man hat es abgelehnt, uns mit Inseraten zu unterstützen.³⁸ In Bremen lag die Sache etwas anders. Man war dort sehr interessiert, und es wurde von einer Auflage von 250.000 gesprochen. Die Sache ist daran gescheitert, daß in Bremen bereits eine FDP-Zeitung erscheint³⁹ und die FDP Angst hatte, daß ihre

38 Der CDU-Landesvorstand Schleswig-Holstein hatte in seiner Sitzung vom 7. November 1952 in Kiel, an der auch zwei Vertreter aus Hamburg teilnahmen, beschlossen, 1. keine Verantwortung übernehmen zu wollen, 2. die absolute Kontrolle über die Beiträge zu haben, 3. ein finanzielles Risiko nicht eingehen zu können (ACDP III-006-009).

39 „Der Roland“, Deutsches Echo, Illustrierte Wochenzeitung für Nachricht, Kommentar und Unterhaltung. Ersterscheinen 1. Oktober 1947, mit einer wöchentlichen Auflage von ca. 20.000; der FDP nahestehend, „antimarxistisch, gegen sozialistischen Kollektivismus

Zeitung durch das Erscheinen des „Hanseat“ unter den Tisch fiel. Wir können diese Geschichte mit unseren Mitteln und Beziehungen nicht weiter ausdehnen als über Hamburg, auf der anderen Seite muß man aber die enorme politische Wirkung beachten. Der Bundesvorstand sollte sich einmal überlegen, wie man dieses Projekt weiter fördern kann.

Lensing: An sich habe ich schon in der letzten Sitzung des Bundesvorstandes dazu etwas gesagt. Ich hoffe, daß der Optimismus des Herrn Samsche bezüglich Hamburg und Bremen sich erfüllt. Man kann eine solche Zeitung für diesen Raum machen, weil dort eine politische Tagespresse nicht besteht. Den ähnlichen Typ haben wir in Westfalen seit Jahr und Tag, wir verteilen in Westfalen gratis die „CDU-Monatsblätter“. Die Sache ist wirtschaftlich und publizistisch aufgezogen wie in Hamburg. Hoffentlich erfüllt sich der Optimismus des Herrn Samsche. Ich bin der Überzeugung, man wird die politische Wirkung dieser Zeitung erst beurteilen müssen nach den nächsten Wahlen. Bisher liegt eine Bewertung gar nicht vor, sondern nur eine Meinung der Leute, die die Zeitung herausgeben. (*Zwischenruf:* Und die Reaktion der SPD darauf?) Das ist kein Beweis für die Masse, sondern ein Beweis für die Wirkung auf die Funktionäre der SPD.

Adenauer: Man darf die Verhältnisse im Norden nicht übertragen auf die Verhältnisse in Nordrhein-Westfalen. Soweit ich das beurteilen kann, ist das ein großer Erfolg. Jetzt liegt die Dezember-Nummer, die Nr. 5 vor, und zwar in dieser großen Auflage, und man kann doch daraus, daß die Sozialdemokratie dagegen sich wehrt, sehen, daß sie nicht nur auf die Funktionäre stoßen, sondern daß die Funktionäre drauf stoßen, daß dieses Blatt in fast jedes Haus kommt. Ich glaube, gerade bei den Presseverhältnissen im Norden wäre es wünschenswert, wenn man etwas machen könnte, und man sollte auch von der Partei ruhig Geld hineinstecken.

Lensing: Ich bestreite die Zweckmäßigkeit und Notwendigkeit einer solchen Zeitung nicht in dem Raum Hamburg, in dem die Tagespresse nicht vertreten ist. Man sollte ruhig den Versuch machen. Bisher ist die Finanzierung der Zeitung deshalb gelungen, weil bestimmte Wirtschaftskreise für die Inseratenwerbung mit Erfolg angesprochen worden sind. Das werden sie auch in Zukunft tun. Nach meiner Erfahrung sind die Dinge umgekehrt bei der Markenindustrie. Die Markenfirmen interessieren sich kaum für die Streuung, sondern für die Dichtigkeit der Verbreitung. Ich bin in keiner Weise dagegen, daß diese Dinge dort im nordwestlichen Raum exerziert werden, aber ich glaube, die Voraussetzungen dafür, daß man auch etwa den nordrhein-westfälischen Raum anspricht, sind nicht gegeben.

Adenauer: Glauben Sie, Herr Samsche, daß, wenn Sie von der CDU Geld bekommen, das nicht schädlich ist?

Samsche: Wir sind im Norden in einer ganz besonderen Situation und wahrscheinlich auf gewisse Wahlbündnisse und Wahlvereinbarungen angewiesen. Das

und Bolschewismus“ (vgl. Die Deutsche Presse 1954. Zeitungen und Zeitschriften. Hrsg. vom Institut für Publizistik an der FU Berlin. Berlin 1954 S. 654).

hat die Gefahr in sich, daß die Festigkeit der CDU während einer solchen Zeit gewissen Risiken unterliegt. Nun haben wir zwar diese Gesellschaft in Verbindung mit Freunden der Koalition gegründet. Das Schwergewicht liegt in der Geschäftsführung bei der CDU und auch kapitalmäßig vollkommen bei der CDU. Was wir brauchen ist eigentlich mehr als Geld, was wir brauchen ist eine gewisse Unterstützung der entsprechenden Bundestagskandidaten in den einzelnen Wahlkreisen. Wenn man es erreichen könnte, daß die „WAAGE“⁴⁰, die die Gelder zum Teil in den sozialdemokratischen Zeitungen verpulvert, Kontrakte mit uns machen würde, wäre das schon etwas.

Adenauer: Sprechen Sie einmal mit Erhard. Ich bin gerne bereit, wenn der Parteivorstand damit einverstanden ist, daß ich Erhard sage, er möge behilflich sein.

Ich möchte allgemein feststellen, daß wir den Hamburgern herzlich danken für diese gute Idee. Es war ein sehr großer Erfolg, und ich werde sehr gern mit Erhard sprechen.

Tillmanns: Vor den letzten Wahlen in Berlin haben wir etwas Ähnliches gemacht: unter einem neutralen Namen in drei Wochen dreimal eine solche Zeitung herausgegeben. Für die allerletzte Zeit vor der Wahl sollten sich das auch mal die anderen Landesverbände überlegen. Das ist eine neue Form, ein politisches Flugblatt, was unmittelbar vor der Wahl herauskommt.

Adenauer: Auch der Gedanke ist gut.

Fricke: Bei der nächsten Vorstandssitzung müssen wir uns einmal klarwerden über die Verteilung der Propaganda bei der Bundestagswahl, was auf Bundesebene und Landesebene ausgegeben werden soll.

Tillmanns: Muß sich der Vorstand nicht auch beschäftigen mit der neugegründeten Partei?

Adenauer: Ich glaube, man tut der Geschichte zuviel Ehre an, wenn man hier darüber spricht. (*Zwischenruf:* Kennen Sie das Gustav-Wessel-Lied?) Man sollte das nicht machen, wie es die Presse mit Herrn Remer⁴¹ gemacht hat. Die Presse und namentlich „Die Welt“ hat Herrn Remer zum großen Mann gemacht. Wir sollten auch diese Geschichte, solange es irgend möglich ist, nicht zur Sprache bringen.

Ich möchte nun noch vorschlagen, daß wir Herrn Tillmanns und Herrn Wuermeling und Herrn Heck bitten, die Pressekonferenz um 15.30 Uhr wahrzunehmen, und

40 Die „WAAGE“ (Gemeinschaft zur Förderung des sozialen Ausgleichs) wurde am 23. September 1952 von Unternehmern gegründet, die sich der Sozialen Marktwirtschaft verpflichtet fühlten und sich aktiv für die Aufgaben der Öffentlichkeitsarbeit einsetzten (vgl. GREISS).

41 Otto-Ernst Remer, ehemaliger Generalmajor (KEILIG S. 273), war am 15. März 1952 wegen übler Nachrede in Tateinheit mit Verunglimpfung des Andenkens Verstorbener zu drei Monaten Gefängnissen verurteilt worden. Remer hatte Widerstandskämpfer des 20. Juli 1944 als Hoch- und Landesverräter bezeichnet (vgl. AdG 1952 S. 3389).

ebenso die Herren Kiesinger und Krone. Ich glaube, das genügt auch, die Herren werden das schon machen.

Dann darf ich aus einem Blatt („Rhein-Main-Zeitung“?)⁴² etwas nehmen, das mir Herr Wuermeling gerade gibt. Die Zeitung bringt einen Artikel über unsere gestrigen Verhandlungen. Der Artikel braucht nicht absolut auf Indiskretionen zu beruhen. (*Zwischenruf*: Kombinationen!) Ein einigermaßen geschickter Journalist macht das auch so. Die Herren werden den schon richtigstellen. Dann aber ist interessant, können Sie sich das erklären, wenn es weiter heißt: „Von seiten der SPD wird betont, die Regierung solle sich nicht durch die sachlich ruhige und offen zurückhaltende Art des Herrn Ollenhauer beeinflussen lassen...“

Im Anschluß an die Entschließung ist noch gesagt worden, wann wir wieder zusammenkämen. Ich nehme an, in der zweiten Hälfte Januar. Wir werden dann auch den Parteiausschuß laden, und wir nehmen am besten den Anfang der Woche.

Ich möchte die Verhandlung schließen nach gegenseitigem Dank für das Interesse, was wir gehabt haben, und die Geduld. Und Ihnen allen wünsche ich ein recht schönes und gesegnetes Weihnachtsfest.

ANLAGE I

ENTSCHLIESSUNG

des Kulturpolitischen Ausschusses der CDU in seiner Sitzung am 20. und 21. September 1952 in Bonn.

„Der Kulturpolitische Ausschuß bedauert, daß durch Kabinettsbeschluß die unerläßliche Reform der Lehrergehälter erneut verschoben worden ist. Der Ausschuß fühlt sich verpflichtet, noch einmal in ernster Sorge auf den bedrohlichen Lehrerschwund, den Mangel an geeignetem Nachwuchs und das Nachlassen der Arbeitsfreudigkeit in den Kreisen der Lehrerschaft als Folge untragbarer Beschränkung der Arbeitsmöglichkeiten durch völlig unzureichende Besoldung hinzuweisen. Die CDU kann nach Überzeugung des Ausschusses die Verantwortung für diese rückständige Besoldung eines für unser Volksleben besonders wichtigen Berufsstandes nicht übernehmen. Der Parteivorstand wird ersucht, bei der Bundesregierung mit allem Nachdruck vorstellig zu werden, daß sie ihren Beschluß revidiert.“

⁴² „Rhein-Zeitung“ vom 16. Dezember 1952 („CDU-Vorstand berät mit Dr. Adenauer“): „Von seiten der SPD wird zu der CDU-Tagung betont, die Regierung solle sich nicht durch die sachlich-ruhige und oft zurückhaltende Art des SPD-Vorsitzenden Ollenhauer über die Entschlossenheit der Opposition täuschen lassen, die Verträge und die Politik des Bundeskanzlers erbarmungslos zu bekämpfen.“

ANLAGE II

Betrifft: Sitzung des Bundesparteivorstandes am 15. und 16. Dezember 1952 im Palais Schaumburg, Bonn.

Hier: Anwesenheitsliste.

Die Mitglieder des Bundesparteivorstandes: Dr. Konrad Adenauer, Dr. Hermann Ehlers, Jakob Kaiser, K.G. Kiesinger, Dr. R. Tillmanns, Dr. F.J. Wuermeling, E. Bach, A. Dichtel, Dr. M. Gröwel, O. Wackerzapp, E. Majonica, W. Simpfendörfer, Dr. G. Strickrodt, Dr. A. Zimmer, Dr. A. Süsterhenn.

Die Landesvorsitzenden: Dr. F. Gurk, Dr. O. Fricke, Dr. H. Barth, H. Scharnberg, A. Cillien, Dr. W. Fay, W. Johnen, P. Altmeier, L. Lensing, Dr. G. Müller.

Die Kooptierten: J. Albers, Dr. R. Pferdmenes, Dr. H. Krone, Dr. J.B. Gradl.

Die Ministerpräsidenten: K. Arnold (zeitweise),

außerdem: Dr. Siegel, Dr. Lenz.

18

Bonn, 26. Januar 1953

Anwesend: Adenauer, Altmeier, Bach, Barth, Dichtel, Ehlers, Fay, Fricke, Gerstenmaier, Gradl, Frau Gröwel, Heck, Hofmeister, Johnen, Kaiser, Krone, Lensing, Lenz, von Lex (zeitweise), Lübke, Majonica, Müller, Pferdmenes, Samsche, Schäffer, Scharnberg (zeitweise), Schmidt, Schreiber, Simpfendörfer, Strickrodt, Tillmanns, Wackerzapp, Wuermeling, Zimmer sowie Meyers als Gast.

Bericht zur Lage: Europafragen, Ratifizierung des EVG-Vertrages, Haltung der SPD; Vorbereitung der Bundestagswahl. Aussprache. Bericht Meyers über die Ergebnisse der Kommunalwahlen in Nordrhein-Westfalen. Wahlkampforganisation. Bundestagswahlgesetz. Steuerreform. Parteitag in Hamburg. Gestaltung des Wahlkampfes. Aufstellung der Kandidaten. Saarfrage. Vorbereitung der Parteiausschußsitzung am 27. Januar.

Beginn: 9.12 Uhr

Ende: 21.00 Uhr

Adenauer: Meine verehrten Damen und Herren! Ich habe um Punkt 9 Uhr hier hineingeschaut; da waren acht oder neun Herren anwesend. Das möchte ich ausdrücklich feststellen. Aber das ist kein Vorwurf, es ist neblig draußen.

Entschuldigt haben sich Herr Ministerpräsident Arnold wegen einer wichtigen Sitzung der Landtagsfraktion, in der der Haushaltsplan beraten wird, und Herr Oberkirchenrat Cillien in wichtiger dienstlicher Angelegenheit. Als Vertreter ist